INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr.192

7. Mai 1992

VORWORT:

Hallo liebeLeute!
Der 1.Mai ist vorbei und der Briefkasten war wieder einmal mit den verschiedensten Beiträgen vollgepackt, wie immer zu spät. (Montag ist Redaktionsschluß, da helfen auch keine Sweeties!) Gefreut haben wir uns über die Informationen zu den aktuellen Kämpfen in den USA und den Text "Herrschaftsverhältnisse und schwarzer Feminismus".
Weniger erfreulich, was aber an der Sache liegt, ist die (notwendige) Diskussion über die RIM, wo wir uns auch eimischen wollen. Dazu ein eigener Beitrag im Heft.
Ansonsten gibt es bisher keine Einschätzung zum Ablauf des 1.Mai in Berlin; leider auch nicht zu den Aktionen gegen die FAP in O-Berlin, wo wir es toll fanden,daß sich viele zu verhalten haben. Schreibt mal!
Die letzte schlechte Info, die wir zum 1.Mai erhalten haben, ist die,daß noch acht Leute im Knast sind. Deshalb und überhaupt wäre es wichtig, daß Solidaritätskundgebungen vorm Knast laufen!
Und sonst hoffen wir, daß vor lauter "1.Mai Getöse" die Diskussion mit den und über die militanten Gruppen und unsere Perspektive nicht abbricht, sondern verstärkt und offen weiter geführt wird.
In diesem Sinn. Vorwärts!

Inhalt:



im Ordner gelandet sind diesmal:
-Bericht aus Sevilla
-Lenin -Denkmalabgerissen-Hammer und Sichel geklaut...
-"Wie deutsche Autonome ihre nationale Identität finden"
-Rainer und Itsche sind draußen Hausbesetzerinnen Stephanienstr.
-NPD- Parteitag in Bonn Watten-scheid
-Revolutionärer 1 mai in Karlsruhe
-1 mai und die RIM
-weitere papers zur M99 durchsuchung
-"Arbeiterinnen,werktätige,revolutionäre...
-Wahlkampf oder Antifaschismus

Brandanschlag auf Dresdner Bank

Berlin – Erst warfen zwei unbekannte Männer nachts Pflastersteine, dann einen Molotow-Cocktail in die Scheibe der Dresdner Bank im Einkaufszentrum Wutzkyallee (Berlin-Britz). Der Brandanschlag scheiterte, da die Scheibe dem Angriff standhielt. Der Schaden hielt sich mit knapp 2000 Mark in Grenzen.

Vertriebsbedingungen:

Einzelabos und **Einzelbestellungen**, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch

Infoläden und -cafés außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchläden und andere **WiederverkäuferInnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.

Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.

Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner. Diese befinden sich im Papiertiger, Cuvrystr. 25 und im Kopierladen M99 in der Manteuffelstr. 99 und sind dort allgemein zugänglich.

Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in den Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Es gilt Anzeigenliste Nr. 3 vom 1. Mai 1989.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Zur Auseinandersetzung mit der RIM - nicht nur am 1. Mai

Der 1. Mai stand an und damit auch wieder der Ärger mit der RIM, überflüssig wie sonstwas, aber halt nicht zu vermeiden. Dabei sind andere Sachen viel wichtiger, die unter der Auseinandersetzung mit der RIM nicht leiden dürfen; wie verhalten wir uns auf der Demo, greifen wir bestimmte Objekte an, wie bereiten wir uns auf die Zeit nach der Demo vor und vieles mehr. Aber, die RIM ignorieren? geht auch nicht, das wollen die doch nur. Und bei den ganzen Schweinereien, die die sich schon geleistet haben, ist es auch nicht drin.
In der Zeit vor dem ersten Mai war der Umgang mit ihnen sehr souverän, es war gelungen, sie aus dem Vorbereitungsplenum herauszuhalten und dummerweise war es ihnen auch nicht gelungen, den Treffpunkt dafür herauszufinden. Dann die Provokation von ihnen, eine eigene Route zum Brandenburger Tor anzumelden. Gut, wunderbar, sollen sie dorthinlatschen mit ihren paar Figuren und uns in Ruhe lassen. Auf der VV werden sie klassisch ausgekontert, ignoriert und kriegen kein Bein auf die Erde. Doch es wird klar, daß sie bei uns mitgehen wollen, in unserer Demo mit ihrem eigenen Lautsprecherwagen. Daß sie mitgehen, na gut, läßt sich nicht verhindern, muß auch nicht sein, schließlich gehen einige BlindgängerInnen mit. Sollen sie ihren Blödsinn verteilen, liest eh kaum jemand und wenn schon, wer/welche läßt sich schon erzählen, daß "der wichtigste Schritt bei der Vorbereitung auf Revolution in DeutSSchland der Aufbau einer revolutionären Partei, einer wirklich maoistischen Avantgardepartei" sei und fährt noch darauf ab? So komische Gruppen hat es im Laufe der Jahre viele gegeben und die meisten sind auf dem ihnen vorbehaltenen Müllhaufen der Geschichte gelandet. Nur ist die RIM penetranter und ekliger, sie arbeitet bewußt mit Lügen und Verdrehungen gegenüber uns Autonomen und fühlt sich wahrscheinlich genauso "besonders erleuchtet" (Zitat eines Senderisten, taz 2.5.92) wie die Führung der PCP in Peru. Also, sollen sie mitgehen, aber verdammt noch mal ohne ihren Lautsprecherwagen. Wo kommen wir denn dahin, wenn jeder Mini-Zusammenhang seinen eigenen Wagen mitbringen darf? Wir machen doch am ersten Mai keinen Autokorso! Genau das wollen wir jetzt möglichst ohne großes Gefetze durchsetzen, auf Schlägereien hat sowieso keineR Bock.
Auf dem O-Platz stehen sie, die Reihen fest geschlossen um ihren Lautsprecherwagen herum, dies vermutlich schon seit Stunden, um ihren tollen revolutionären Kampfeswillen zu dokumentieren.
Einer der Chefs steht männlich breitbeinig auf dem Wagen und schwenkt inbrünstig seine Fahne, auf dem sein Götzenbild weht , aus dem Wagen tönt das übliche bla-bla, was auch durch die 37. Wiederholung nicht wahrer wird. Das Fußvolk schwenkt auch viele Fahnen und Transparente, auf denen entweder Mao oder Commandante Gonzalo, Chef von Sendero abgebildet sind. Sendero Luminoso - eine wahrhaft proletarisch angeführte Guerilla, Abimael Guzman und sein Politbüro, sind genau wie die Mehrzahl des peruanischen Volkes ganz einfache Professoren in Ayacucho gewesen, bis sie die "besondere Erleuchtung" ereilte. Dieser Punkt soll keine Kritik an Sendero-Strukturen sein, sondern eine Relativierung der Anti-Autonomen-Hetze der RIM, wonach es verwerflich sein soll, aus einem mittelständischen Elternhaus zu kommen, wie es bei einigen bis vielen Autonomen der Fall ist, aber auch bei der Führungsclique von Sendero.
Hören wir, nicht was der große Vorsitzende Mao, sondern was Peter Paul Zahl über solche Politsekten wie die RIM schrieb, "Die erste

KP biegt schon in die Nebenstraße ein. Je weniger kampffreudig, desto größer die Fahnen und Transparente. Goldgelbe Texte auf dunklem Grund. Viele -ismen und Hoch mit und Nieder mit. Verschwendetes Tuch. Sprechchöre, in denen ein gewisser Dschugaschwili auftaucht, Bilder wie Monstranzen. Rote Ikonen. Würdige Recken, die unter dem Gewicht von Fahnenstangen daherschwanken. Und beim letzten Idol, der hart gefetzten Silbe - Tung schießen Fäuste in die Höhe. Bilderbuchkommunisten...."
Als die Demo loszieht beginnen RIMler die Schlägerei, mit Knüppeln und Eisenstangen gehen sie auf uns, ihren momentanen Hauptfeind los, schlagen wie besessen auf uns ein, einige kriegen einen stieren Blick und prügeln dann los, verblendet von ihrer Ideologie, aufgehetzt von ihrer Führung gehen sie auf uns, die "autonomen Kapitulatoren" wie sie uns beschimpfen, los. Einer zieht ein Messer, ein anderer sprüht CS-Gas - so sieht ihr Umgang mit anderen Gruppen aus. Wer nicht für sie ist, ist gegen sie - Punkt. Wir sind leider kaum ausgerüstet, haben auch nicht mit einer derart massiven Brutalität gerechnet und haben auch immer noch Hemmungen. Es wäre z.B. mit Steinen ein leichtes gewesen, den Amoklauf der RIM zu stoppen und den Lautsprecherwagen zu Klump zu hauen. Nur - wir sind nicht so skrupellos wie sie, können es uns außer in der aufgeheizten Situation vor Ort auch nur schwer vorstellen, mit Knüppeln auf andere Menschen außer Bullen und Nazis einzuschlagen, und selbst da ist es oft skrupelbeladen und Fragen bleiben offen. Die RIM prügelt sich durch, scheut sich nicht davor, direkt unter den Augen der Bullen O- Ecke Adalbert weiter zu eskalieren. Hinterher werden sie wieder jammern, wir hätten sie angegriffen und die Bullen würden lachen und ähnlichen Dreck. Es gibt reichlich Verletzte, auch bei der RIM, aber bei uns mindestens zwei Schwerverletzte.
Am Nachmittag, nachdem eine kämpferische Demo, die teilweise (Kottidamm) sehr offensiven Charakter hatte, beendet wurde und als die Bullen immer wieder von Autonomen angegriffen werden - was macht die RIM? Bis zur Haarspitze angefüllt mit revolutionärem Elan und unbedingten Kampfeswillen verteilt sie Flugblätter - das ist ihr "Kampf". Genau wie vor einem halben Jahr, als am Brandenburger Tor eine kleine Gruppe Antifas vor ca. zehn Nazis flüchten mußten, standen einige RIMler als Zuschauer daneben und verteilten weiter Flugblätter.
Während der Schlägereien am Anfang haben wir vermißt klarzumachen, worum es eigentlich geht. Da hätte es ein Flugblatt gebraucht, auf dem die Hintergründe der Auseinandersetzung vermittelt werden, denn so richtig kapiert haben es nicht allzuviele von den Umherstehenden. Aber das ist geschehen und nicht mehr zu ändern, wichtiger ist der Blick nach vorne. Notwendig ist eine politische Isolation dieser Politsekte - keine VV auf der diese Schweine nochmal erscheinen dürfen. Möglichst ein Plakat o.ä. mit kurzem Text und in alle Kneipen reingehängt, daß mehr Leute verstehen, worum es geht. Die Infoläden müssen sich weigern, den Schrott von der RIM auszulegen und den nochvorhandenen in den Müll stopfen. Wenn sie auf Agit-Prop-Tour durch die Kneipen ziehen, müssen sich Leute verhalten und sie rausschmeißen. Dies kann allerdings nur klappen, wenn es von der möglichst gesamten Szene getragen wird und nicht einer kleinen Anzahl Menschen überlassen wird, sich mit denen herumzuärgern und -schlagen. Und dies muß kontinuierlich passieren und nicht nur, solange noch die Geschehnisse vom 1. Mai unmittelbar präsent sind.

Bart Simpson

VERURTEILEN WIR PROVOKATIONEN, DIE NUR DEN BULLEN NÜTZLICH SEIN KONNEN

Stellungnahme zu den Ereignissen in und um den Internationalistischen Block am 1.Mai:

Wir als Bolschewik Partizan waren die einzige ausländische organisation, die an der Demo-Vorbereitung beteilligt war. Es war uns von Anfang an wichtig, daß es auf der Demo einen starken Internationalistischen Block, mit deutschen und ausländischen RevolutionärInnen gibt. Als InitiatorInnen des Inter-Blocks haben wir ein Vorbereitungstreffen organisiert, zu dem wir auch etliche Gruppen aus der Türkei/Nordkurdistan(T/NK) eingeladen hatten. Zu dem besagten Treffen kam nur eine einzige Organisation, TDKP(Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei), die sich auch organisatorisch(z.B. Wagenschutz) an dem Block beteiligen wollten. Abgesprochen hatten wir mit dieser Gruppe noch, daß sie vor dem Lauti laufen soll und wir als Bolschewik Partizan(BP), zweks Lauti-Schutz, dahinter.

Erst zwei Tage vor dem 1.Mai, am Mittwoch den 29.4.92., kamen Partizan(ATIF), Dev-Sol-Gücler, TKP/ML Hareketi (die in West-Deutschland ein gemeinsames 1.Mai-Demo-Bündnis gebildet haben) zu einem Vorbereitungstreffen und wollten Rederecht auf der 1.Mai-Demo haben, legten sich aber nicht fest, wo sie mit laufen wollten,übernahmen keinerlei Aufgaben und blieben auch nicht zur anschließenden W. Bei einem weiteren Vorbereitungstreffen,am Donnerstag,30.4., zu dem zwei Vertreter des oben genannten Bündnisses kamen, wurde vereinbart, daßdiese Organisatioönen als Block hinter dem Inter-Block(mit dem sie nichts zu tun haben wollten,keinen Schutz, kein Wagenschieben) laufen und ihre Redebeiträge halten können.

Am 1.Mai selbst, vor Beginn der Demo, als der Inter-Block gerade dabei war sich zu formieren, versuchten Partizan-Leute BP-Leute, die sich hinter dem Lauti aufgestellt hatten, gewaltsam von dort zu verdrängen.Aggressiv und um sich herumschlagend, versuchten sie den Lauti zu beschlagnammen. Die Partizan-Leute behaupteten, daß vom Komitee(ihr eigener wohl) beschlossen worden sei, daß sie direkt hinter dem Lauti laufen könnten, obwohl es vom Koordinierungstreffen des 1.Mai und von den zuständigen Leuten für den Inter-Block so einen Beschluß niemals gab. Die Partizan-Leute sprachen den Leuten von BP aus dem Vorbereitungskomitee für den Inter-Block jegliche Entscheidungsbefugnis ab und schlugen teils mit Transpi-Stöcken auf sie und alle anderen BP-SympatisantInnen ein. Es entstand ein größerer Tumult, in densich zunehmend mehr Partizan-Leute einmischten und prügelten. Die zahlenmäßig unterlegenen BP-Leute, die eine gewalttätige Auseinandersetzung ablehnten, versuchten verbal den Streit zu schlichten. Eine BP-Frau aus dem Vorbereitungskomitee bat die Demo-Leitung am ersten Lauti um Hilfe, da die Situation völlig eskaliert war. Nach mehrmaligen Lauti-Durchsagen, daß BP hinter dem Lauti läuft, hörten die Partizan-Leute mit Prügeln erst dann auf, als unerwartet die RIM mit ihrem Lauti plötzlich in die Menge fuhr und sich mit ihrem Schlägertrupp einen Weg durch die DemonstrantInnen in die Mitte der Demo schlug. Als BP-Leute aus dem Vorbereitungskomitee die RIM aufforderten ihre Schlägertrupps zurückzuziehen, schlugen diese auf sie ein. Im Nachhinein entstand eine gewlttätige Auseinandersetzung zwischen RIM und Autonomen, in der sowohl Anti-Kommunistische/Anti-Stalinistische Parolen gerufen, als auch Flaschen und Gegenstände völlig ziellos und verantwortungslos geworfen wurden. Ein Teilnehmer aus dem Vorbereitungstreffen des 1.Mai wurde dabei erheblich verletzt.

Als die Demo dann schließlich losging, lief die TDKP auf Vereinbarung mit den Komiteemitgliedern vor dem Lauti auf, und davor stellten sich gegen die Abmachung Partizan, Dev-Sol Gücler und TKP/ML Hareketi. Die drei letztgenannten Gruppen wollten aber nicht direkt hinter der RIM laufen und hielten soviel Abstand, daß Autos,Bullen etc. dazwischen durchfahren konnten und es praktisch zwei Demos gab. Auch innerhalb ihrer Blöcke hielten sie extremen Abstand und hielten ständig zum Parolenrufen an. Auch bei verstärkter Bullenpräsens waren sie nicht bereit, aus Sicherheitsgründen zu schließen.

Fazit zu der Partizan-Provokation:
- durch ihre Provokation hat Partizan die Demo gefährdet und den Bullen die Möglichkeit gegeben einzugreifen
- als sie die zahlenmäßig unterlegenen BP-Leute sahen, haben sie versucht, das Recht des Stärkeren gewaltsam durchzusetzen und den Lauti für sich zu instrumentalisieren
- ihr Verhalten unterscheidet sich im Kern nicht von dem der RIM. Entgegen jeder Revolutioönären Moral und demokratischen Prinzipien unter RevolutionärInnen haben sie Gewalt gegen eine revolutionäre gruppe angewendet und versucht,ihre Gruppeninteressen gegen die Abmachungen gewltsam durchzusetzen
- der durch Partizan entstandene Chaos wurde von der RIM ausgenutzt

Wir Bolschewik Partizan SympatisantINnen verurteilen entschiedenst die Provokation von Partizan und rufen sie auf,solch ein Verhalten in Zukunft zu unterlassen. Jegliche Provokationen müssen aus den Reihen der RevolutionärInnen verbannt werden. Ferner fordern wir von Partizan eine Selbstkritik hinsichtlich ihres Verhaltens.

Zu den anderen Organisationen aus der Türkei/Norkurdistan:
Sie haben ein zutiefst unsolidarisches und gruppenegoistisches Verhalten an den Tag gelegt. Trotz mehrmaliger Aufforderung haben sie keinen einzigen Menschen für den Lauti-Schutz bereitgestellt, aber Terror(hier vor allem Partizan) wegen des Rederechts gemacht.

zu den Autonomen:
die Reaktion der Leute auf der Demo(Nichtverhalten, die Falschen-Treffen, Anti-Kommunistische/Anti-Stalinistische Parolen), zeigt uns, wie wenig sich die Autonomen mit ausländischen Organisationen auseinandersetzen und sie ernst nehmen. Die Wut auf das unsolidarische und brutale Vorgehen der RIM richtet sich auf Demos immer mehr gegen alle kurdisch und türkisch aussehenden Menschen. Die 1.Mai Vorbereitungsleute fühlten sich in dieser Situatioön auch von den Autonomen bedroht, die Anti-Kommunistische/Anti-Stalinistische Parolen schrien und wahllos zuschlugen. Wir haben als BP, als MarxistInnen/LeninistInnen, als KommunistInnen eine ganz klar verteidigende Position zu Stalin und wollen, daß das in Bündnissen auch respektiert wird und Differenzen politisch ausgetragen werden. Wir als BP distanzieren uns von RIM, die für uns keine MarxistInnen/LeninistInnen, keine KommunistInnen sind und lehnen die Zusammenarbeit mit ihnen ab, solange sie keine Selbskritik an ihrer provokativen und gefährlichen Praxis üben und ihr Verhalten sich nicht ändert. Das Verhalten einiger sich kommunistisch gebenden Gruppen, darf nicht dazu benutzt werden, den Kommunismus und andere ihn vertretende Gruppen in den selben Schmutz zu ziehen.
Die Anti-Kommunistische/Anti-Stalinistische Propaganda muß beendet werden.
Es ist Zeit, daß die Autonomen differenzierter an die ausländischen Gruppen herangehen.

Zum Abschluß noch: obwohl bei der VV ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß kaum Schutz für den Inter-Block gibt, weil wir als BP, als einzige ausländische Organisatioön zahlreiche andere Aufgaben mit übernommen hatten, waren bei der Demo kaum Schutzleute da. Während auf der VV vorgeschlagen wurde, sogar Bullenwannen anzugreifen, um die Flüchtlinge zu schützen, waren es letztendlich die Flüchtlinge und UnterstützerInnen, die den Lauti geschützt und geschoben haben und der Autonome Block im vorderen Teil der Demo nicht wußte was Sache war.

SYMPATISANTINNEN UM BOLSCHEWIK PARTIZAN IN BERLIN



Zuschauerinnen am Spreewaldplatz -16.00 Uhr

ZUR AUSEINANDERSETZUNG UM DIE RIM

Wir können und wollen keine Nachbereitung der 1.Mai Demonstration 92 vorwegnehmen, finden es aber dennoch wichtig, was zu der Auseinandersetzung mit der RIM zu sagen, die auf der Demo zum wiederholten Male militant ausgetragen wurde; wie auch schon in den letzten Jahren bei verschiedenen Demos (z. B. 8.März-Frauendemo 91, 1.Mai Demo 91, siehe auch Interim 146/147).
Das Verhalten der Rim, sich mit Knüppeln und abgebrochenen Flaschen in den internationalistischen Block hineinzuprügeln, stellt eine neue politische Eskalationsstufe dar.
Als sich autonome und andere Gruppen in den Weg stellten, kam es zu einer massiven Eskalation des Konflikts mit mehreren Verletzten; darunter mindestens zwei Schwerverletzte. Leider sind wieder einmal die Vollidioten aufs Schärfste zu kritisieren , die ungezielt aus den hinteren Reihen warfen.
Das Verhalten der RIM stellt einen Angriff auf die Demo dar, auch deshalb, weil die Bullen dies als Vorwand nahmen an dieser Stelle die Demo anzugreifen. So kam der RIM objektiv die Rolle des agent provocateur zu.
Wir finden es wichtig mehr zu dem Konflikt zwischen Partizan und Bolsevik Partizan (BP) mtizukriegen(s. Papier von BP), den die RIM anscheinend ausnützte.
Darüberhinaus finden wir es auch wichtig zu hören, wie sich andere Leute und Gruppen zu diesen Konflikten verhalten haben bzw. sie einschätzen.
Aber bitte ohne platte Ideologiesiererei.



Zur Demo-Vorgeschichte:
Auf der VV am 3.4.92 gab es bei der Diskussion um die Demoroute verschiedene Vorschläge. Der RIM-Vorschlag (vom O-Platz zum Brandenburgertor) wurde von allen abgelehnt (zu totes Gelände; Symbol der Schweine etc.).
Trotzdem meldete die Rim, ohne Absprache, eine Demo zum Brandenburger Tor an und verbreitete ein Flugblatt, um so anscheinend ihre Konfrontation vorzubereiten und zu legitimieren.
Augenscheinlich wollten sie keine eigene Demo, sondern ihre Präsenz und ihren Lautsprecherwagen auf der revolutionären 1.Mai Demo juristisch/polizeilich absichern, d.h. der Konflikt wurde von ihnen auch über die Bullen ausgetragen.

Die Basis für eine solidarische Auseinandersetzung ist schon seit längerem durch die RIM zerstört worden. Hintergrund für die Eskalation des Konflikts sind die verstärkten Ambitionen Der "Revolutionären Kommunisten", organisiert innerhalb der RIM, sich auch hier in der BRD für einen revolutionären Prozeß als Avantgardepartei, die die Führung zu übernehmen hat, aufzuspielen.
Mit diesem Ziel versuchen sie eine POlarisierung gegen alle anderen Gruppen voranzutreiben; wie z.B. am 20.4.91 als sie den Demotermin von sich aus zwei Stunden vorverlegten, um sich so an die Spitze stellen zu können.
Die Folge war, daß die geplante Kundgebung nicht stattfinden konnte und auch die Demo sehr chaotisch wurde.
Aus diesen ganzen Erfahrungen und Gründen muß jetzt verstärkt eine Diskussion anstehen, wie die RIM politisch zu isolieren ist.
Wir denken, daß die Wurzeln auf diese Art politik zu machen auch im extremen Dogmatismus und Stalinismus der RIm liegen; daß es aber auch notwendig ist , das bolschewistische Organisations- und Revolutionsmodell als einen historischen wie auch aktuellen Teil der international zu führenden revolutionären Debatte zu sehen; auch wenn wir denken, daß dieses Modell falsch und gescheitert ist.
Es geht um eine wesentlich genauere und differenzierte Debatte, die nicht auf eine rein ideologische Stalinismusdiskussion reduziert werden kann, sondern eine Selbstkritik an hierarchisch-patriarchalen Theorien und Strukturen beinhalten,* ein genaueres und konkretes Verhältnis zu Befreiungsbewegungen und Kämpfen im Trikont zu schaffen, einen wirklich praktischen Internationalismus aus der Metropole heraus zu entwickeln und die eigenen Utopien zu überprüfen und zu konkretisieren (Uff, na dann mal los.).
Es hilft uns nicht weiter über Abgrenzungsrituale eine künstliche Einheit herzustellen zu versuchen, in einer Situation , wo auch unsere Versuche die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen an Grenzen gestoßen sind.



Die daraus folgende politische Schwäche bietet u.a. derRIM den Raum für ihre einfachen Revolutionsschemata.
Eine Diskussion, die darüber hinaus führen kann, ist die Auseinandersetzung mit den bewaffneten Gruppen RZ und RAF, ihre Papiere und Stellungnahmen aus den letzten Monaten und Wochen, wo noch viel mehr gesagt werden muß, von allen.

FIGHT THE POWER!

Einige Frauen und Männer der Interim.

* muß

Redebeiträge von der 1. Mai - Demo:



Arbeiterinnen, werktätige Frauen aller Nationalitäten, Genossinnen...

Der 1.Mai, den die ArbeiterInnen der ganzen Welt im Kampf gegen die herrschenden Klassen, gegen Imperialismus, Faschismus und Patriarchat sich eroberten, ist auch unser Kampftag! Überall dort, wo die unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen sich erheben, überall dort, wo die Arbeiterklasse für ein besseres Leben, für Freiheit und Sozialismus kämpft, überall dort nehmen auch Frauen an den Kämpfen teil.

Wir grüßen alle an diesem Tag kämpfenden Frauen und Männer, Genossinnen und Genossen. Wir möchten auch diejenigen Frauen grüßen, die derzeit aufgrund reaktionärer, imperialistischer Kriege wie z.B. im ehemaligen Jugoslawien in Leid und Trauer, Not und Elend leben müssen.

Der 1.Mai 1992 weltweit, ist ein Tag in einer Zeit, wo die gesamte Konterrevolution ihren "Triumph" über den Niedergang des Kommunismus, Sozialismus und allen Revolutionären und Revolutionärinnen feiert. Die werktätigen Frauen der ehemals sozialistischen Länder, die nach der Machtübernahme der modernen Revisionisten zu bürokratisch-staatskapitalistischen Ländern entartet sind, stehen vor dem Ruin ihrer Existenz. Der westliche Kapitalismus hat sie an Heim und Herd geschickt, politisch sind sie fast überhaupt nicht mehr vertreten.

In den abhängigen Ländern wie Bangladesh, Indien, Phillippinen, Peru oder Sudan. .. ist die Lebenssituation der werktätigen Frauen bis ins Unerträgliche verschärft. Seuchen, Krankheiten, Hunger, Arbeitslosigkeit, Wohnungselend, das ist das Ergebnis "westlicher Zivilisation".

In Luxuskliniken lassen sich Bourgeoisfrauen künstlich befruchten, in den Elendsvierteln in Brasilien hingegen werden Frauen zwangssterilisiert. Das ist das wahre Gesicht der "Bevölkerungspolitik" des internationalen Imperialismus. Hierbei bietet vielfach nur die Prostitution Überlebenschancen. Kinder- und Frauenhandel sind weitere Beispiele der Internationalisierung des Frauenelends. Tagtägliche Gewalt gegen Frauen, das ist die Realität auch in der Hochburg des Imperialismus - den USA. Über die hälfte der schwarzen Frauen leben unterhalb der Armutsgrenze. Wir solidarisieren uns mit den revolutionären Frauenkämpfen weltweit und grüßen insbesondere die kurdischen Frauen, die unter den schwersten Bedingungen für ihre Lebensrechte kämpfen müssen. Die Frauen aus der Türkei und Nordkurdistan tragen am 1.Mai vorallem auch ihre Wut und ihren Haß gegen den faschistischen türkischen Staat auf die Straße. Die herrschenden türksichen Klassen , die in Nordkurdistan einen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk führen, die ihre ganze

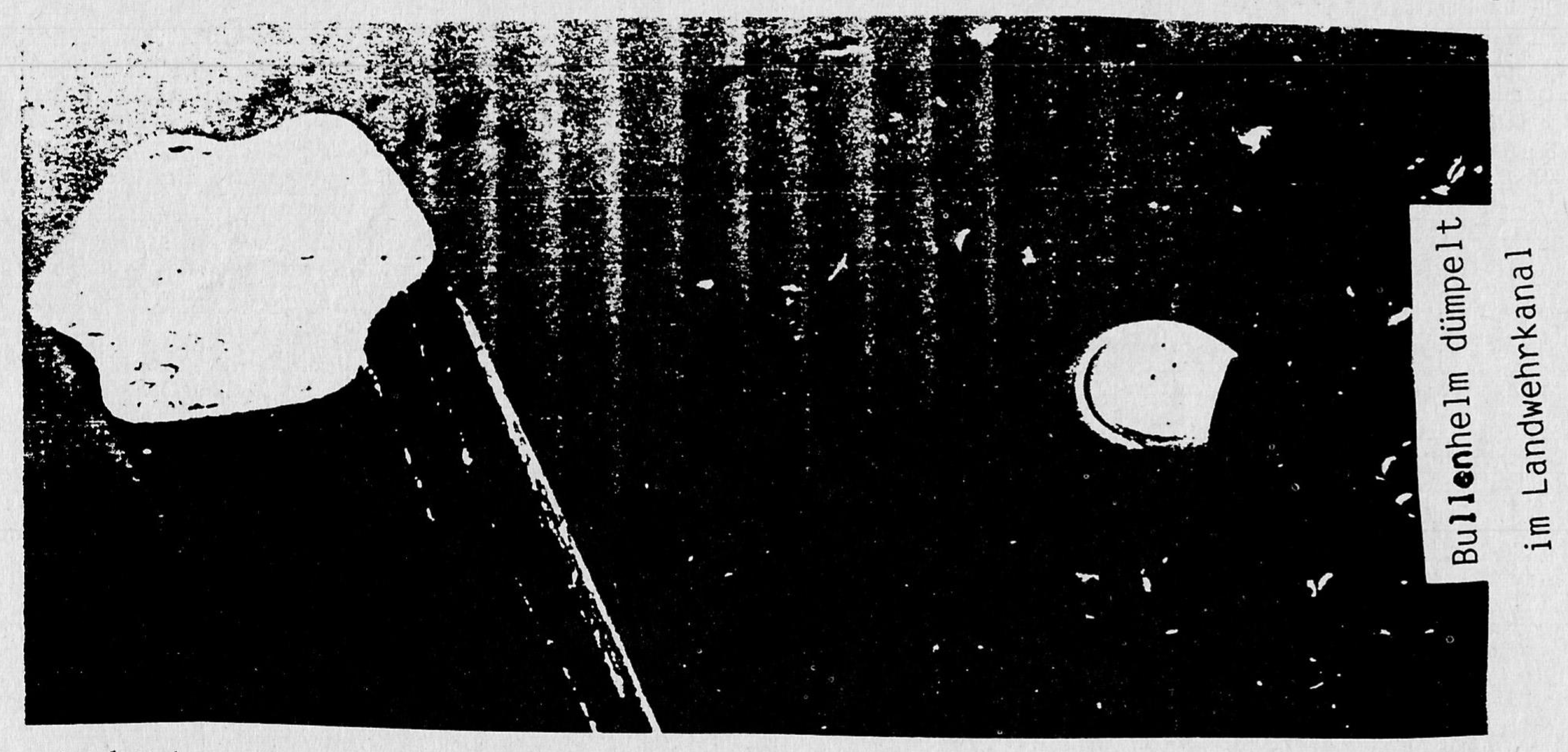
chauvinistische Verachtung der unterdrückten kurdischen Frau entgegenbringen, spielen sich in ihren Hetzblättern als "Vorkämpfer" gegen den Ausländerhaß in der BRD auf...Wir aber wissen, daß nicht die "Deutschen" unsere Feinde sind, sondern der deutsche imperialistische Staat, der die Faschisierung vorantreibt, und die Strukturen der Unterdrückung aufrechterhält. Hetze und Angriffe auf AusländerInnen, auf Flüchtlinge, auf alle, die nicht deutsch aussehen bestimmen unseren Alltag und finden immer neuere Höhepunkte. Die Einverleibung der ehemaligen "DDR" verbunden mit einigen ökonomischen und sozialen Problemen und extremen Profiten für das westdeutsche Kapital, verlangt eine weitere Faschisierung des Staatsapparates. Die Wut der deutschen werktätigen Massen wird auf AusländerInnen und Flüchtlinge gelenkt. Die Situation der deutschen Arbeiterinnen und werktätigen Frauen verschlechtert sich in immer zunehmenderem Maße. Massenentlassungen, Inflation, Teuerung und Lohnniederdrückung treffen die Frauen in den neuen Bundesländer um so härter. Die beruflichen Perspektiven der jungen Frauen und Mädchen sind schlechter denn je.

Für ausländische Frauen heißt die Realität hier, daß sie "Freiwild" sind. Phillippinische oder thailändische Frauen beispielsweise werden von weißen Männern gekauft und wenn sie nicht mehr genehm sind oder sich gegen ihre Unterdrückung auflehnen, von Staatswegen zurückgeschickt.

Und ausländische Frauen, die ihren hier arbeitenden Männern folgen, haben kein eigenständiges Aufenthaltsrecht und sind damit dem Ehemann "angekettet". In der Fabrik und in den Betrieben werden sie am schlechtesten für die eintönigsten und anstrengendsten Arbeiten bezahlt.

In den Wohnviertel, in den Straßen- und den U-Bahnen werden ausländische Frauen von faschistischen Trupps angemacht, angegriffen, kaltblütig ermordet. Wir wissen, daß wir nur gemeinsam mit den deutschen Revolutionären und Revolutionärinnen den Kampf gegen diese Angriffe führen können. Wir lassen uns nicht nach Rassen und Nationen spalten.

Für die werktätigen Frauen stellt sich die Aufgabe am 1.Mai, daß sie sich im allgemeinen Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung ihren Platz erobern und damit ihre besonderen Forderungen auf die Straße tragen. Das imperialistisch-patriarchale System wird nur durch die Revolution seinen Platz räumen, und nur die Revolution und der Sozialismus werden die wirkliche Befreiung der



Bullenhelm dümpelt im Landwehrkanal

unterdrückten Frauen (und damit auch der Männer) bringen. Das setzt voraus, daß Frauen und Männer gleichberechtigt und gleichverpflichtet am Kampf für die Befreiung der Menschheit teilnehmen und aus ihren Reihen und Organisationen jegliche reaktionäre, männerchauvinistische Haltung verbannen. Nur so kann die Losung: Frauen und Männer Hand in Hand zur proletarischen Revolution, in der Praxis tatsächlich verwirklicht werden.

Wir grüßen die Frauen, die sich an den derzeit stattfindenden Streiks beteiligen und für höhere Löhne und Gehälter kämpfen. Sich für mehr Urlaubsgeld und höhere Ausbildungsvergütungen einsetzen. Diese Forderungen allein sind für die arbeitenden und werktätigen Frauen aber unzureichend, denn Frauen bekommen insgesamt für die gleiche Arbeit weniger als ihre männlichen Kollegen. Und Frauen haben weniger Chancen als Männer auf dem Arbeitsmarkt als Männer. Deshalb ist die Aufgabe der Arbeiterinnen, sowie auch der Arbeiter, sich für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, folglich sich für die sofortige Erhöhung der Frauenlöhne einzusetzen.

Tragen wir am 1.Mai unseren Kampf gegen Lohn- und Geschlechtssklaverei auf die Straße.
Frauen aller Nationalitäten und Hauptfarbe reiht euch in diese Demonstration ein.

Nieder mit der Lohn- und Geschlechtssklaverei!
Revolutionäre Gewalt gegen Gewalt an Frauen!
Erhöhung der Frauenlöhne jetzt sofort!
Kampf dem Faschismus, Rassismus, Imperialismus und Patriarchat!

Hoch die internationale Solidarität

KOMITEE GEGEN DIE MORDE AN MINDERHEITEN IN BRASILIEN

Immer mehr brasilianische Homosexuelle werden ermordet. Sie tauchen in keiner Statistik auf. Die brasilianischen Politiker ignorieren diese Entwicklung. Sie haben genug mit sich selbst zu tun: Das Land versinkt in einer Krise. auch das Gesundheitssystem ist zusammengebrochen.
Gewalt gegen Homosexuelle ist bisher in Brasilien kein Thema. Ebensowenig der Rassismus zugunsten einer mystifizierten "Demokratie".
Aids- Patienten werden vernachlässigt und Hilfeleistung wird ihnen vom Staat verweigert. Die benötigten Medikamente sind unbezahlbar. Mangelnde Hygiene und Armut machen Cholera und Gehirnhautentzündung zu tödlichen Krankheiten. Denn wer arm ist, kann sich keine Behandlung leisten. Auch Aidskranke nicht.
In der Dritten Welt ist nicht nur die Krankheit eine Bedrohung. Die Armut ist es, die eine Krankheit todlich macht.
Wer nicht arm ist, gilt als "normal" und "modern". Und um die Illussion der Normalität/Modernität aufrechtzuerhalten, werden Straßenkinder ermordet. Die Opfer sind aber auch Schwule, Schwarze, Arme, "Ungebildete", Indios, Frauen, "Kranke" etc. Sie sind selbst schuld an ihrem Tod, heißt es.

Sie sind die Opfer von gleichen rechten Gedanken,dem sich in Europa über ein grenzlosses artificielles Paradies für die Reiche sprechen leisten kann.

Es ist schon Zeit für eine neue internationelle Solidarität

Gegen die HERRschende Weltordnung
500 Jahre Kolonialismus sind 500 Jahre zuviel !

In der Nacht vom 1. Mai bestritten wir unser erstes Spiel der diesjährigen Volxsportssaison. In einer Auswärtsbegegnung in Neukölln (Richardstr.) errungen wir einen flammenden Sieg über einen 600 S-Klasse Mercedes vom BonzenFC Investor-Auswärts (MER-). Damit klettert unser Verein an die Spilze der 1. Berliner Wagensport-Liga.

Siegen lernen heißt Mischen lernen !
Volxsport Club Dynamo Kreuzberg

volxsport

Mannschaft Frauschaft Kleingruppe	Spiele	Gewonnen	Unentschieden	Verloren	Preisklasse ca. (incl. Mwst.)
VC Dynamo Kreuzberg	1	1	0	0	160 000
Gib Bonzen keine Chance	1	1	0	0	110 000
FC Porsche (brennt nicht)	1	0	1	0	100 000
?? (Tiergarten)	1	1	0	0	??
?? (Lichterfelde)	1	1	0	0	??

Mach's nach Mach's mit Mach's besser
Volxsport gegen Olympia

INFOS:

EA-Info zu den Festnahmen vom 1. Mai '92

Insgesamt sind uns nur 12o Namen von den Festgenommenen bekannt, davon sind 8 Leute jetzt im Knast und 11 Leute haben einen Haftbefehl mit Haftverschonung und Meldeauflagen.
Von weiteren Haftbefehlen, die gut möglich sein können, haben wir leider nix mehr rausgekriegt.

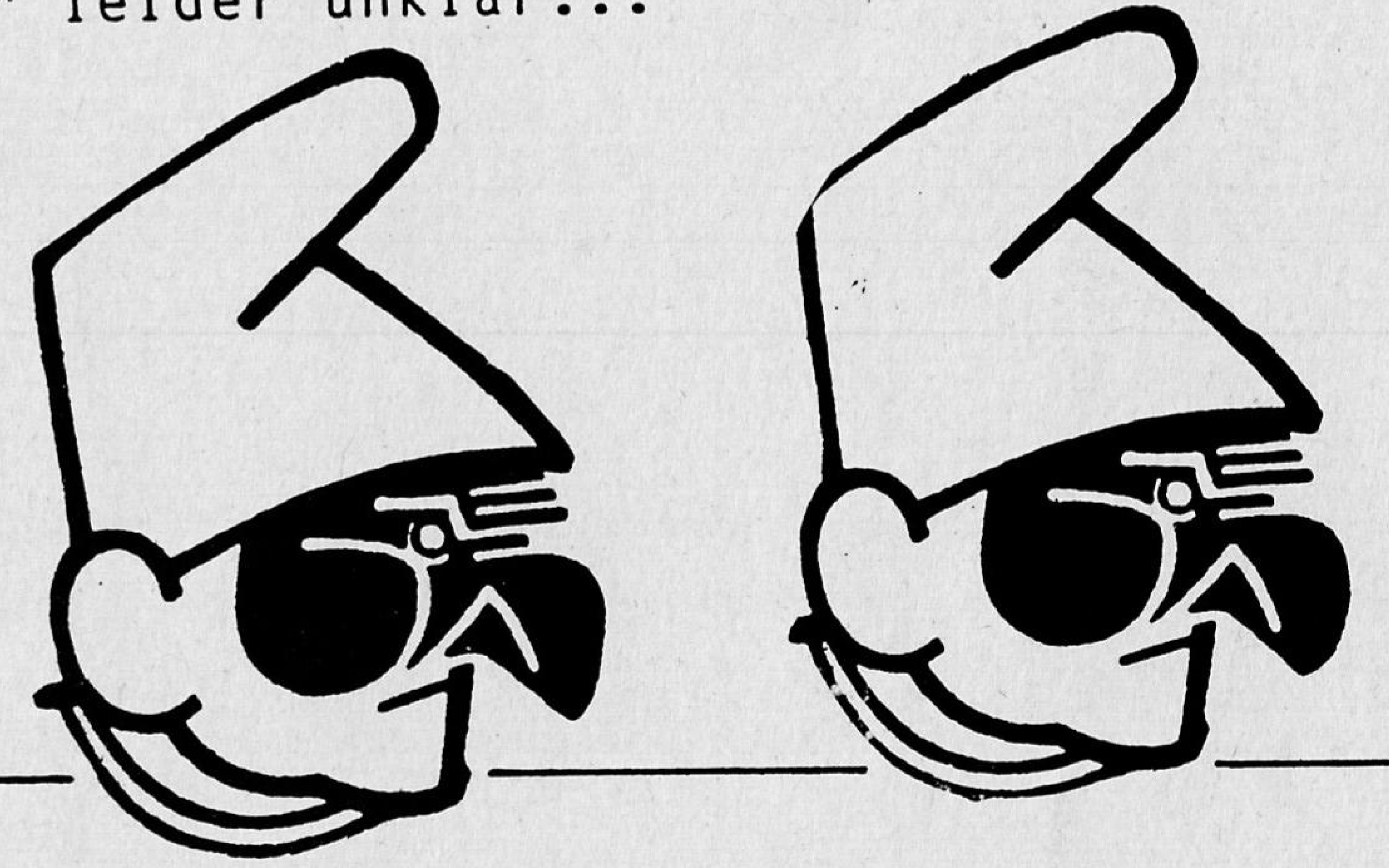
- Wir rufen euch auf, unbedingt Protokolle von Festnahmen zu schreiben und bei uns vorbeizubringen!
- Ebenso jede Festnahme, die ihr beobachtet habt, immer und unbedingt bei uns zu melden!

Ermittlungsausschuß
Gneisenaustraße 2 · 1000 Berlin 61
Dienstag: 20-22⁰⁰ Uhr

Spendenkonto:
Sonderkonto Klaus Schmidt
Postgiroamt Berlin West
(BLZ 100 100 10)
Kto.: 206 10-106

Ein wichtiger Nachtrag zum 3o.4.92 in Marzahn

An diesem Donnerstag, den 3o.4. wurde eine Gruppe von Antifas nach der Kundgebung in Marzahn an der nahen Straßenbahnhaltestelle aus einem Auto heraus dreist mit ner Gaspistole beschossen. Die zuerst etwas verdatterten Leute griffen aber doch blitzschnell zur Verteidigung ...Ein paar Steine haben die Schweine abbekommen. Kennzeichen des PKWs: B-HA 6758; roter Ford Sierra oder roter Audi80, das war leider unklar...





Rigides Vorgehen gegen Asylsuchende ohne Ausweis

Um angebliche Doppelzahlungen des Sozialhilfesatzes — DM 393.- pro Monat — an Asylsuchende ohne Ausweis zu verhindern, wird bei der Stadt München seit April ein neuer Auszahlungsmodus angewandt: Asylbewerber ohne Ausweis bekommen die Sozialhilfe nicht mehr für einen Monat, sondern nur noch DM 13.- pro Tag. Ausgezahlt wird nur noch eine Stunde täglich. In der Röchlingshalle, wo die meisten ausweislosen Flüchtlinge untergebracht sind, wird das System bereits „gegen erheblichen Widerstand der Asylbewerber" (Sozialamtschef Frieder Graffe) praktiziert. Mehr als die Hälfte der Asylsuchenden kam erst gar nicht zur Auszahlung. Die Stadt will deshalb das Verfahren auch auf zwei weitere Unterkünfte ausdehnen, bis alle rund 900 ausweislosen Asylsuchende erfaßt sind. — (ecg)

Am 29.4 wurde in der Manteuffelstr. 99 in den Räumen des Kopierladens und in den Wohnräumen des Ladenbetreibers wegen " Verstoßes gegen das Fernmeldegesetz" durchsucht.
Als "Beweismittel die von Bedeutung sein können" wurde folgendes im Bullenprotokol aufgeführt:
vier mal RZ-Handbuch (((noch ungeschnitten)
einmal Anleitungen und kein Ende (48 Blatt)
vierzehn Blatt Anleitung für Rohrbomben
diverse Blätter mit Anleitungen für Zünder bzw. Spreng- und Brandsätze (Brandsatzbau)
ein Funkprotokoll vom 16.11.91 (acht Blatt)

Angeordnet wurde das ganze vom Amtsgericht Tiergarten, und ausgeführt von der Bullendienststelle Dir VB S II 5 92 02 19/ 3356-4

L.A. TODAY

TOMORROW . . . THE WORLD

Atlanta, Georgia
30.4.92: Junge Schwarze verlassen eine friedliche demo vor dem rathaus und greifen in der downtown-U-bahnstation, weiße an. scheiben wurden eingeschmissen und passantInnen wurden angegriffen. eine einkaufspassage wird platt gemacht. der busverkehr zur innenstadt wird eingestellt, und den bullen gelingt es leider, etliche leute festzunehmen.
1.5.92: bürgemeister Maynard Jackson verhängt eine nächtliche ausgangssperre.

Baton Rouge, Lousiana
30.4.92: gegen 3.00 morgens bildet sich eine spontandemo auf dem unicampus und läuft richtung capitol (parlament des bundesstaats).

Odenton,
30.4.92: studentInnen boykottieren den unterricht. es kommt zu zwei festnahmen.

Boston, Massachusetts
30.4.92: demo zum parlamentsgebäude

Minneapolis. Minnesota
30.4.92: demo mit etwa 300 leuten.

St. Paul, Minnesota
30.4.92: auch hier ne demo mit etwa 350 leuten

Rochester, Minnesota
30.4.92: demos

Omaha, Nebraska + Lincoln, Nebraska
30.4.92: demos und riots

Las Vegas, Nevada
30.4.92: in der west side kommt es zu heftigen straßenkämpfen, bei denen barrikaden in brand gesetzt werden und schüsse auf bullen abgefeuert werden. ein bulle wird durch schüsse in die beine verletzt. auch hier verhängen die bullen eine ausgangssperre.

Buffalo, New York
1.5.92: eine demo zum rathaus wird von den bullen zerschlagen.

New York City, NY
30.4.92: an mindestens sechs schulen fanden demos statt oder wurde der unterricht boykottiert.
1.5. demo mit 1.000 leuten, 150 leute setzen sich ab und "fuck shit up" ("und es ging ab") 200 leute drangen in den madison square garden (veranstaltungszentrum mit shopping mall) ein.

Dallas, Texas
30.4.92: Randale

Seattle, Washington State
30.4.92: Riot mit ca. 200 leuten in der innenstadt.

Madison, Wisconsin
29.4.92: abends 34 windschutzscheiben von in einer garage geparkten bullenautos wurden eingeschlagen und die Parolen "Justice for Rodney King" und "All Pigs Must Die".
1.5.92: demo mit 200 studentInnen

Milwaukee, Wisconsin
30.4.92 abends: nach der demo "Take Back the Night", gingen 50 leute zur nächstgelegenen bullenstation. die demo setzte sich aus anarchistInnen, schwulen und lesben zusammen, denen sich unterwegs leute aus der nachbarschaft anschlossen. die bullen zerschlugen die demo und nahmen 5 leute fest. die demo wurde später in einem stadtviertel eingekesselt, und zwangzig leute wurden festgenommen.

Cleveland, Ohio; Denver, Colorado; Topeka, Kansas City, Kansas; Amherst, Massachusetts; Hartford, Connecticut; Wilbur Force, Ohio
30.4.92: proteste

verschiedenes

Cleveland, Ohio
30.4.92: bullen nahmen einen typ fest, der mit einem auto mit einer hakenkreuzflagge zweimal in eine friedliche demo reinfuhr. ein teil der der 150 demoteilnehmerInnen jagten den typen.

1.5.92 8:00 abends: präsident bush hält über alle fernsehstationen eine nationale fernsehansprache, in der er die proteste als ausschreitungen eines gewalttätigen mobs denunzierte und die bullen lobte. er versicherte, daß die ausschreitungen mit der entsendung von 3.000 armeetruppen und 1.400 marines und 1.000 federal officers (bundesaufstandsbekämpfungsbullen und grenzbullen), beendet werden.

Im Nachhinein sollte eigentlich keine/n mehr wundern - das TV und die Medien hier haben die ganzen Proteste und die Randale völlig entpolitisiert und in den ersten Tagen nur auf L.A. reduziert, obwohl es gleich nach dem Freispruch für die Bullen in vielen Städten zu Demos und Randale kam. Außerdem wurde meistens verschwiegen, daß die Demos und Randale oft von Schwarzen und weißen Kids gemeinsam ausgingen, und daß sowohl bei den Riots als auch bei den Demos total unterschiedliche Leute auf der Straße waren.

Insgesamt hat sich gezeigt, daß die traditionellen liberalen Black Community VertreterInnen, wie z.B. Kirchenleute und Bürgerrechtsorganisationen (die ja hier auch in den Nachrichten beim Treffen mit Bush gezeigt wurden) die Communities überhaupt nicht mehr vertreten. Diese Leute haben die Bürgerrechtsbewegung der 50er und 60er Jahre bestimmt, aber sie haben absolut keinen Einfluß auf die Schwarzen Kids und werden von ihnen auch nicht als Vertreter anerkannt.

In der wichtigsten nationalen TV-Nachrichtensendung "ABC-Nightline" wurden zwei Anführer von zwei Schwarzen Gangs aus dem Ghetto South Central in L.A. interviewt. Beide sagten, daß die Gangs sich nicht länger gegenseitig bekämpfen werden, sondern daß sich ihre Wut gegen die Regierung und die Bullen richtet und daß sie sich dementsprechend verhalten werden.

Noch kurz was zu den Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen der Regierung: Die Bundesarmee war in keiner Stadt, auch nicht in L.A. im Einsatz, sondern stand auf Abruf bereit. Diese Armeeeinheit ist die gleiche, die bei der Invasion von Panama in Panama-City eingesetzt wurde (Spezialausbildung im Stadtkrieg und Aufstandsbekämpfung). Einige Menschen in den USA meinen, daß die Armee bewußt nicht eingesetzt wurde, weil es nicht klar gewesen wäre, ob schwarze GIs auf schwarze Kids schießen würden (das ist auch 'ne Erfahrung aus dem Vietnam-Krieg). Stattdessen wurde die Nationalgarde eingesetzt (das waren die Typen in Uniform, die hier auch im TV zu sehen waren). Die Nationalgarde ist eine paramilitärische Freiwilligenarmee, die hauptsächlich aus Weißen und Hobbyfaschisten besteht. Zweimal im Monat gibt's Training und ein bis zwei Mal im Jahr längere Einsätze, z.B. zum "Straßenbau" in Guatemala oder El Salvador oder bei Naturkatastropen (wird alles bezahlt). Die Nationalgarde ist nach Bundesstaaten organisiert, und sie untersteht dem Befehl des jeweiligen Gouverneurs eines Bundesstaats und nicht der Zentralregierung in Washington.

Noch was zur Medienberichterstattung hier: Von Anfang an wurde versucht, die Riots in den USA mit dem sog. "Einwanderungsproblem in Europa" in Zusammenhang zu stellen. Damit wird ganz klare Propaganda gegen MigrantInnen und Flüchtlinge hier gemacht und der Rassismus weiter geschürt. Außerdem unterstellt es a) daß Schwarze, Latinos und Natives in den USA "AusländerInnen" sind, die freiwillig in die USA gekommen sind (während es ja eigentlich die weißen "AusländerInnen" sind, mit denen die ganze Scheiße angefangen hat) und b) wird ein Bild produziert, wo People of Color sowieso grundsätzlich "gewalttätig und kriminell" sind.

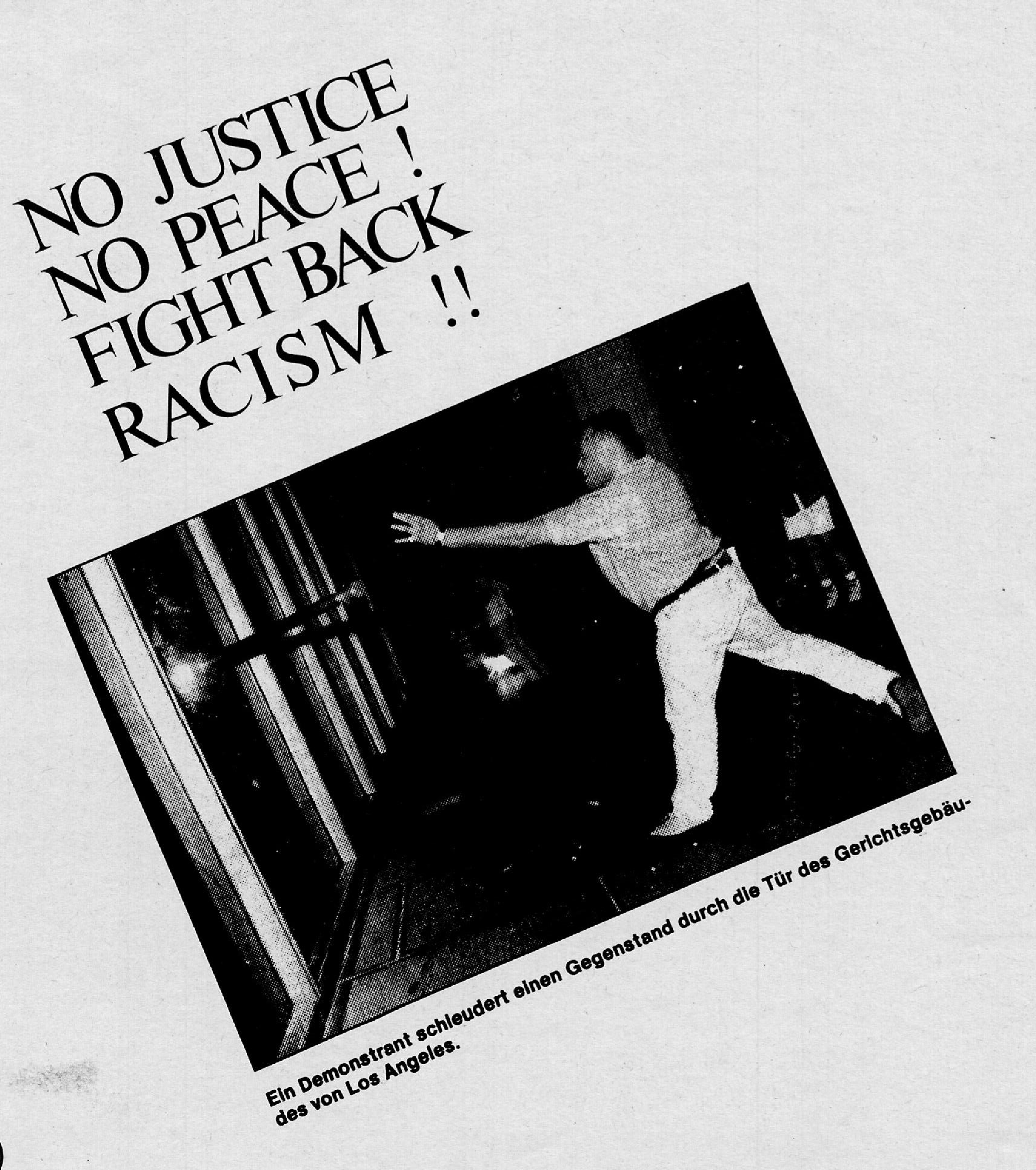
In den USA ist es erstmal wieder ruhiger geworden, aber die Menschen da überlegen, wie sie sich weiter gegen Rassismus und Bullenterror organisieren können. Außerdem ist die Einschätzung, daß es jederzeit wieder ziemlich schnell abgehen kann ... .

SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE !

(das Original der Chronologie und Quellenangaben kann im Spinnennetz-Ordner im Papiertiger gefunden werden)

"L.A Today ... Tomorrow the World !"

Unvollständige Chronologie der Ereignisse in den USA, zusammengestellt von "Profane Existence", Minneapolis



Ein Demonstrant schleudert einen Gegenstand durch die Tür des Gerichtsgebäudes von Los Angeles.

Birmingham, Alabama
30.4.92: Straßenkämpfe

Berkley, California
30.4.92: 700 studentInnen verlassen die vorlesungen und maschieren wütend aber gewaltfrei zu einer polizeistation 100 Leute blockieren die Bay Bridge, alle werden festgenommen.

Oakland, California
30.4.92: 341 menschen wurden, nach erfolgreicher dreistündiger blockade der Bay Bridge, festgenommen.

Palo Alto, California
30.4.92: etwa 150 studentInnen der `Black Student Union` (Gewerkschaft Schwarzer StudentInnen) der Stanford University demonstrieren zum rathaus.

Riverside, California
30.4.92: 100 studentInnen protestieren. es fliegen mollis auf autos.

San Diego, California
30.4.92: protestierende (!) verbrennen flaggen. durch die vorderscheibe einer bullenwache und eines elektronikladens fliegen selbstgebastelte bomben. 1000 studentInnen und schülerInnen verlassen den unterricht. college studentInnen verbrennen puppen, die aussehen wie bullen.

San Francisco, California
30.4.92 abends: randale und plünderungen direkt neben dem finanz-distrikt. 1000 werden festgenommen. für den 1.5. ist einen demo geplant.
am nachmittag trafen sich mehrere demos am sog. 'Old State Building'. gegen 16.00 fingen 'kid'an, motorradbullen zu jagen. die demo setzte sich im wesentlichen aus aktivistInnen, college studentInnen, schwarzen jugendlichen und weißen liberalen zusammen. die demo zog allmählich zum finanz-distrikt und die scheiben der meisten yuppie-läden und einkaufszentren gingen, trotz beschwichtigungsversuche der liberalen, zu bruch. bei jeder neuen scheibe, die krachte, ging ein freudenschrei durch die menge. nachdem die demo, die durch eine yuppie-wohngegend ging, in einem, bei den reichen beliebten viertel ankam, rückten die bullen an und trennten die demo in zwei teile. der militante teil der demo setzte sich ab, und fing an yuppie-autos und eine limousine klein zu machen. als die demo dann in der Market Street ankam, tauchten motorradbullen auf (ähnlich wie in frankreich, gibt es in den usa motorradbullen mit kleinen, wendigen motorrädern, die auf demos leute jagen und sie vom fahrenden motorrad aus niederknüppeln). es wurden brennende barrikaden errichtet. überall wurden leute gesehen, die mit eisenstangen und baseballschlägern bewaffnet waren. als bullen ein auto stoppten, wurden sie von den zwei leuten im auto mit baseballschlägern angegriffen. einer der leute wurde angeschossen, der andere festgenommen.
San Fransisco:der bürgermeister rief nach den auseinandersetzungen den notstand aus und verhängte eine ausgangssperre.

San Jose, California
30.4.92: eine mann wird festgenommen, nachdem in seinem auto mollis gefunden wurden.
300 leute plündern in der innenstadt. sie werden von den bullen auf den unicampus getrieben. dort gehen die auseinandersetzungen weiter.

Santa Cruz
29.4.92: abends: studentInnen greifen eine bullenstation an und verbrennen us-fahnen.
etwa 500 versammeln sich zum protestmarsch, 50 blockieren eine kreuzung und werden von den bullen vertrieben.

in den städten El Cerrito, Ivrine, Davis, Aracata und Perris in California finden demos statt.

Miami, Florida
1.5.92: schülerInnen-protest vor einer örtlichen bullenstation und einem einkaufszentrum.

Tampa, Florida
30.4.92:. dutzende jugendliche errichten brennende barrikaden und bewerfen die bullen mit steinen und flaschen. zwei teenager werden festgenommen, nachdem auf die bullen scharf geschossen wurde.



Deborah K. King

HERRSCHAFTSVERHÄLTNISSE UND SCHWARZER FEMINISMUS[1*]

Die zweifache und systematische Diskriminierung durch Rassismus und Sexismus ist allgegenwärtig, und der Klassengegensatz vervollständigt in den Augen vieler Menschen diese Formen der Unterdrückung. Schwarze Frauen haben, solange sie sich ihrer zahlreichen Diskriminierungen bewußt sind, diese Herrschaftsformen aktiv bekämpft. Zugleich ist die Notwendigkeit, alle Formen der Unterdrückung politisch zu benennen, auch eines der wesentlichsten Momente der feministischen Theorie schwarzer Frauen.

Unter den ersten und vermutlich am weitesten verbreiteten Ansätzen zum Verständnis der Situation der Frauen in den Vereinigten Staaten war der Versuch, eine Analogie zwischen "Rasse"[2*] und Geschlecht auszumachen. In seiner Substanz zieht dieses Modell Parallelen zwischen den Formen der Unterdrückung und den Erfahrungen der Herrschaft, denen Schwarze und Frauen ausgesetzt sind. Ein Ergebnis dieses Ansatzes besteht in der Erkenntnis, daß die politische Mobilisierung gegen beide Herrschaftsformen miteinander verbunden und vergleichbar sei. Feministische Theoretikerinnen, wie etwa Simone de Beauvoir, Kate Millett, Mary Daly und Shulamith Firestone, haben dementsprechend in ihrer Kritik des Patriachats gleichermaßen stark auf die Bedeutung des Zusammenhangs von "Rasse" und Geschlecht hingewiesen.

Dennoch ist der Rahmen dieser Analogie eng umrissen, weil implizit so getan wird, als seien die Erfahrungen schwarzer Frauen entweder mit denen schwarzer Männer oder aber weißer Frauen vergleichbar, womit eine über diesen engen Kontext hinausgehende Auseinandersetzung mit der spezifischen Situation schwarzer Frauen überflüssig wird. Dabei verwischt oder verneint diese Analogie auch, was Chafe als die "zentrale und substanzielle Differenz" zwischen Frauen und Schwarzen bezeichnet: Der institutionelle und kulturelle Horizont wie auch die Intensität der physischen und psychologischen Wirkungen des Rassismus sind qualitativ unterschiedlich von denen des Sexismus.[3] Die ge-

---

1* Dieser Artikel erschien erstmals unter dem Titel "Multiple Jeopardy, Multiple Consciousness: The Context of A Black Feminist Ideology" in Signs. Journal of Women in Culture and Society, Vol. 14, No. 1, Autumn 1988, S. 42-72. Die hier veröffentlichte, redaktionell gekürzte Fassung verzichtet - in Absprache mit der Autorin - in erster Linie auf die zahlreichen Beispiele und Literaturverweise, mit denen Deborah King ihre theoretischen Prämissen konkretisierte. Nur die in der gekürzten Fassung explizit enthaltenen Literaturverweise wurden übernommen; eigene Anmerkungen der Redaktion sind durch ein * gekennzeichnet. Übersetzer war Carl Wechselberg.

2* Die Autorin spricht häufig von "race", was unter Afro-Amerikanerinnen nicht unüblich ist. Der verbreitete "Black Nationalist"-Ansatz (z.B. Black Panther Party) klingt hier an. Aufgrund der besonders im Deutschen problematischen Implikationen des "Rassen"-Begriffs haben wir daher jeweils Anführungszeichen verwendet; ebenso haben wir "racial" (rassisch) daher, wo möglich, mit "Rasse", ansonsten mit "ethnisch" übersetzt. Wo es inhaltlich gemeint ist, wurde die Endung -Innen hinzugefügt.

3 William Chafe, Women and Equality: Changing Patterns in American Culture, New York 1977.

meinsame soziale Erfahrung von Sklaverei und Lynchjustiz für Schwarze, des Völkermordes an der Urbevölkerung Amerikas oder den zahllosen Eroberungskriegen gegen US-amerikanische MexikanerInnen oder Puerto RicanerInnen, ist substanziell nicht mit den physischen Leiden, sozialen Diskriminierungen und der kulturellen Mißachtung, die Frauen erlitten haben, vergleichbar. Dies bedeutet nicht, daß die rassistische Diskriminierung größer oder ungerechter ist als die sexistische, sondern daß die qualitativen Unterschiede zwischen beiden Herrschaftsformen analytisch sichtbar gemacht werden müssen. Entsprechend sind es auch exakt diese Differenzen zwischen Schwarzen und Frauen, schwarzen Männern und schwarzen Frauen, zwischen schwarzen und weißen Frauen, die für das Verständnis der besonderen Situation schwarzer Frauen wesentlich sind.

Rassismus, Sexismus und Klassismus

Dabei wird in der theoretischen Weiterentwicklung inzwischen die dreifache Unterdrükkung durch Rassismus, Sexismus und Klassismus allgemein akzeptiert und als wesentlicher Ansatz zur Analyse der Situation schwarzer Frauen in den Vereinigten Staaten herangezogen. Obwohl unser Verständnis somit den engen und die Situation schwarzer Frauen negierenden Rahmen der Analogie zwischen "Rasse" und Geschlecht überwunden hat, wird es der Dynamik der vielfachen Formen der Diskriminierung noch nicht gerecht. Unglücklicherweise sind die meisten Konzepte, in denen eine zweifache oder dreifache Form der Unterdrückung angenommen wird, in dem Sinne vereinfachend, daß sie die Beziehung zwischen den zahlreichen Formen der Diskriminierung lediglich als eine additive sehen. Die Beziehungen werden dabei wie die folgende mathematische Gleichung betrachtet: Rassismus plus Sexismus plus Klassismus gleich dreifache Unterdrükkung. Dabei hat jede Diskriminierung in diesen Ansätzen einen einzelnen, direkten und unabhängigen Einfluß auf die Situation der Subjekte und spiegelt sich darüberhinaus eigenständig in ihr wieder. Dieser einfache, auf Steigerung beruhende ananlytische Prozeß gibt die besondere Qualität der Unterdrückung schwarzer Frauen nicht nur inadäquat wieder, sondern führt meiner Meinung nach auch zu einer unproduktiven Betonung vermeintlich dominanter Unterdrückungsverhältnisse gegenüber anderen. So zum Beispiel indem angenommen wird, daß der Klassengegensatz die größte Rolle bei der Unterdrükkung schwarzer Frauen spiele und die zentrale Betrachtungsebene deshalb notwendigerweise die Ökonomie sein müsse. Derartige Betonungen ignorieren die Tatsache, daß Rassismus, Sexismus und Klassismus drei eng miteinander verwobene Systeme der sozialen Kontrolle und Herrschaft darstellen.

Demgegenüber beschreibt ein interaktives Modell, daß ich "mehrfache Unterdrückung" genannt habe, die genannten Prozesse wesentlich besser. Der Begriff "mehrfach" bezieht sich dabei nicht nur auf die verschiedenen und gleichzeitigen Formen der Unterdrückung, sondern auch auf deren einander verstärkende Beziehungen untereinander. Daraus ergibt sich auch folgende Gleichung: Rassismus multipliziert mit Sexismus multipliziert mit Klassismus. Die Bedeutung der einzelnen Faktoren für die Beurteilung der Lebensumstände schwarzer Frauen wechselt dabei und ist in erster Linie davon abhängig, welcher spezifische Aspekt unseres Lebens betrachtet wird und mit welchen anderen Gruppen schwarze Frauen verglichen werden. In manchen Fällen ist es sicherlich die "Rasse", die den schwerwiegendsten Einfluß auf die Situation der Frauen besitzt, in anderen kann es aber auch die Klassenzugehörigkeit oder das Geschlecht sein. Die relative Bedeutung der "Rasse", Klasse oder des Geschlechts bei der Betrachtung der Lebensumstände schwarzer Frauen ist dabei weder beständig noch absolut, sondern wird vielmehr durch den sozialhistorischen Kontext und die entsprechen sozialen Phänomene bestimmt, die betrachtet werden. Diese Abhängigkeiten führen auch zu dem, was in den Augen mancher wie eine verwirrende Vielfalt sozialer Rollen und politischer Einstellungen unter schwarzen Frauen aussieht.

Die Arbeit, ob nun unbezahlt und erzwungen (wie unter der Sklaverei) oder als reguläre Lohnarbeit, ist ein zentrales Charakteristikum der sozialen Rolle schwarzer Frauen. Durch sie war es uns möglich, einen geringen, aber bedeutsamen Grad an Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu erreichen. Sie führte sowohl zu gleichberechtigteren Beziehungen mit schwarzen Männern als auch zu einem größeren Einfluß der Frauen in der schwarzen Familie und Gemeinschaft. Diese Entwicklung hat allerdings ihren Preis, der beispielsweise darin besteht, daß schwarze Frauen in den meisten Fällen die am schlechtesten angesehenen und bezahlten Jobs annehmen müssen, weil die fortgesetzte Diskriminierung durch Rassismus und Sexismus in der geschichtlichen Entwicklung die Beschäftigungsmöglichkeiten für schwarze Frauen sehr stark eingeschränkt hat. Das Erbe der politischen Ökonomie der Sklaverei unter dem Kapitalismus ist daher die Tatsache, daß die Unternehmer - und nicht die schwarzen Frauen selbst - am meisten von ihrer Arbeitskraft profitieren.

Dabei ist es gerade die klar belegbare Fähigkeit schwarzer Frauen, scheinbar widersprüchliche Rollenerwartungen als Arbeiterin, Mutter und Hausfrau auszufüllen, die zu der beträchtlichen Verwirrung über das tatsächliche Wesen schwarzer Frauenschaft geführt hat. Die unterschiedlichen, miteinander konkurrierenden Anforderungen, von denen jede eine eigene Form des Widerstands gegen die spezifische Art der mehrfachen Unterdrükkung erfordert, stellen darüberhinaus einen wesentlichen Teil des Einflusses auf die Sichtweise schwarzer Frauen in bezug auf den Charakter ihres Frau-Seins und ihrer Beziehungen zu Mitmenschen dar.

Den komplexen Prozeß des Umgangs mit unterschiedlichen Anforderungen durch die Addition von Herrschaftsverhältnissen (Rassismus plus Sexismus plus Klassismus) erklären zu wollen, hieße das Problem und die besondere Qualität schwarzer Frauenschaft innerhalb struktureller Kategorien zu definieren, die von Europäern und insbesondere weißen Männern bestimmt worden sind, um die Privilegien ihrer "Rasse" und ihres Geschlechts auf ewig abzusichern.



"Mehrfache Unterdrückung" im Rahmen der Politik der Befreiung

Um das Konzept der "mehrfachen Unterdrückung" verstehen und politisch umsetzen zu können, ist es daher notwendig, über den die eigene Sicht verengenden Horizont der dominierenden Gesellschaft hinauszugehen. In diesem Sinne spielen die Auseinandersetzungen zwischen Schwarzen über Sexismus und Klassismus, zwischen Frauen über Rassismus und Klassismus und zwischen den verschiedenen ökonomischen Klassen über Rassismus und Sexismus eine zweite wesentliche Rolle im Rahmen der politischen Ideologie schwarzer Frauen.

Einen zentralen Gegenpol dieses Ansatzes bildet die reduktionistische Ausrichtung der meisten Befreiungstheorien. In ihnen zeigt sich oftmals die Annahme, daß alle Formen der sozialen Diskriminierung und Unterdrückung unter einen einzigen gesellschaftlichen Herrschaftsgegensatz subsumierbar seien. Unabhängig davon, ob es sich nun im konkreten um marxistische, anarchistische, nationalistische (Black Nationalism) oder feministische Ansätze handelt, wird jeweils argumentiert, daß alle wichtigen sozialen Beziehungen durch einen einzigen gesellschaftlichen Widerspruch, beispielsweise die Ökonomie, den Staat, die Kultur oder das Geschlecht, determiniert werden.

Der gegenwärtig stattfindende politische Kampf der schwarzen Frauen um eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zeigt in allen Bereichen (der Abtreibungsdebatte ebenso wie im Zusammenhang mit der zunehmenden Verarmung schwarzer Frauen) das gleiche Dilemma auf. Unsere Geschichte des Widerstands gegen die verschiedenen Formen der Unterdrückung ist voller Spannungen, nicht erfüllbaren Ultimaten und bitteren Kompromissen zwischen nationalen, feministischen und klassistischen Politikansätzen. Dabei scheint es unser Schicksal zu sein, daß wir sowohl in der Frauenbewegung als auch im Kampf gegen die Unterdrückung der Schwarzen marginalisiert werden, obwohl wir durch beide Herrschaftsformen, den Rassismus ebenso wie den Sexismus, unterdrückt und diskriminiert werden. Dabei zeigt sich ein ähnlich zweitklassiger Status unserer Interessen auch im Zusammenhang mit Politikansätzen, die primär auf die Emanzipation der ökonomisch Ausgebeuteten orientieren. Ironischerweise befinden sich schwarze Frauen deshalb oft in einem Interessenskonflikt mit Gruppen, die eigentlich ähnliche emanzipatorische Interessen verfolgen wie wir. Es stellt sich zudem die paradoxe Situation ein, daß Gruppen, die in bestimmten Fragen unsere organischen Allierten bilden, in anderen unsere Gegener sind. Aus diesem Grund haben wir uns in der politischen Praxis oft in der Situation wiedergefunden, mit der Exklusivität monokausaler Ansätze (Monismus) umgehen zu müssen, die die Komplexität und Dialektik unserer tatsächlichen Lebensbedingungen leugnen. Wobei sich ständig die Frage stellt, mit wem wir uns verbünden und welche unserer Interessen konkret im Vordergrund stehen sollen. Soll der Schwerpunkt der politischen Arbeit schwarzer Frauen in einer der sozialen Bewegungen liegen, die sich primär für die Emanzipation der "Rasse", Klasse, oder des Geschlechts engagieren? Können wir uns monokausale Ansätze leisten? Können wir es uns leisten, nicht mit ihnen zu arbeiten?

Ich hoffe, mit der folgenden Beschreibung der antagonistischen Verhältnisse innerhalb der drei bestimmenden sozialen Bewegungen eine angemessene Beschreibung der Spannungen und Prioritäten zu geben, die die Entwicklung der politischen Ideologie schwarzer Frauen wesentlich mitbeeinflußt haben. Dabei zeigt sich, daß der Grad an Ausgrenzung, der mit monokausalen Ansätzen einhergeht, soweit führen kann, daß die tatsächlichen Opfer von Rassismus, Klassismus oder Sexismus durch die reale Politik ignoriert oder sogar als Gegensatz zu dieser Politik begriffen werden, wobei sich die Diskriminierungen und Vorurteile oftmals verhüllt und unterschwellig in Ideologien, Statuten, politischen Strategien und der Art des zwischenmenschlichen Umgangs äußern.



Politik in der schwarzen Gemeinschaft

"Rassen"-Solidarität und soziale Emanzipation waren und sind ein wesentlicher Pfeiler des Selbstverständnisses der schwarzen AmerikanerInnen. Historisch und aktuell ist die Erfahrung von Sklaverei, "Rassen"trennung sowie individueller und institutioneller Diskriminierung ein wesentliches Moment in der Sozialisation und politischen Bewußtseinsbildung der meisten Schwarzen. Dies gilt auch für schwarze Frauen, deren Rolle und Status in Amerika ganz wesentlich durch die nicht veränderbaren äußeren Charakteristika der "Rassen"zugehörigkeit bestimmt wird. Dadurch bedingt, das die "Rassen"zugehörigkeit einen wesentlichen Filter darstellt, der bestimmt, was Schwarze wahrnehmen und wie sie wahrgenommen werden, betonen viele schwarze Frauen, daß ihre "ethnische" Identität wichtiger sei als ihre Geschlechts- oder Klassenzugehörigkeit. Die politische Priorität der "Rasse" ergibt sich auch aus anderen Gründen, insbesondere aus der historischen Entwicklung und Abfolge der verschiedenen emanzipatorischen Bewegungen. Sowohl im 19. als auch im 20. Jahrhundert entwickelten sich die Bürgerrechtsbewegungen früher als die Frauenbewegungen. Gleiches gilt für die organisatorische Anstrengung der Klassenformierung, Herausbildung von Gewerkschaften usw., die im späten 19. Jahrhundert begann. Auch die kommunistischen Aktivitäten in den 20er und 30er und die antiimperialistische Bewegung in den 60er Jahren entstanden nach oder gleichzeitig mit antirassistischen Initiativen.

Außerdem haben schwarze Frauen, vermittelt durch die Notwendigkeit, sich alltäglich mit rassistischen Diskriminierungen auseinandersetzen zu müssen, Rollen und Verantwortungen übernommen, die für weiße Frauen unter dem westlichen Patriachat untypisch sind. So hielten schwarze Frauen beispielsweise oft zentrale und einflußreiche Führungspositionen in der schwarzen Gemeinschaft und bestimmten wesentlich deren emanzipatorische Politik. Wir waren das Rückgrat der antirassistischen Bewegung und des Kampfes um Gerechtigkeit und Gleichheit. Aus diesem Grund haben schwarze Frauen sexistische Diskriminierungen innerhalb der antirassistischen Initiativen auch nicht in vergleichbarer Weise wie viele weiße Frauen erfahren, die durch sexistische Diskriminierung in der Bürgerrechtsbewegung oder der "Neuen Linken" ein spezifisch feministisches Bewußtsein entwickelten.

Zusammengenommen ergibt sich aus diesem historischen Blickwinkel zunächst die starke Berechtigung einer primär antirassistischen Orientierung als zentrales Mittel der Emanzipation schwarzer Frauen.

Während der Bürgerrechts- und "Black Nationalist"-Bewegungen in den 60er und 70ern verstanden es die Männer allerdings sehr effektiv, die "Matriachats-Debatte" dazu zu nutzen, einerseits die ausschließliche Orientierung schwarzer Frauen auf den antirassistischen Ansatz wieder herzustellen oder zu festigen, und andererseits die Rolle schwarzer Frauen insgesamt einzuengen und tendenziell einem traditionelleren westli-

chen Modell anzupassen. Diese "innerethnischen" Spannungen arbeiteten gegen die Artikulation eines feministischen Bewußtseins schwarzer Frauen in der Öffentlichkeit.
Demgegenüber spielte die Frage der sexuellen Ungleichheit innerhalb der schwarzen Gemeinschaft durchaus eine wichtige Rolle, wobei in erster Linie thematisiert wurde, wie Sexismus am besten adressiert werden kann und nicht, ob sexuelle Ungleichheit überhaupt existiert. Einige wenige schwarze Frauen reagierten darauf mit der Entwicklung eines ausschließlich feministischen Ansatzes, während andere auf einen spezifisch Schwarzen Feminismus orientierten. Dabei organisierte die Mehrheit der politisch aktiven schwarzen Frauen feministische Aktivitäten in der antirassistischen Bewegung. Einige Frauen bezogen sich darüberhinaus ausschließlich auf die "Black Nationalist"-Bewegung.
Die antirassistische Bewegung beinhaltete in der Regel aber ohnehin mehr als einen ausschließlichen Bezug auf die "Rassen"- Emanzipation. Dadurch bedingt, daß so viele Schwarze in der geschichtlichen Entwicklung ökonomisch ausgebeutet wurden, ergab sich aus den Notwendigkeiten schwarzer Lebensrealität ein pluralistischerer Ansatz, der den Versuch machte, auch die ökonomischen Interessen der Schwarzen politisch auszudrücken. Zu Beginn dieses Jahrhunderts entstand beispielsweise eine kollektive Aktion, die als "racial uplift" bekannt geworden ist, in der Schwarze aus den Mittelschichten versuchten, die Lebensbedingungen der ärmeren Schwarzen durch finanzielle und soziale Zuwendungen (Ausbildung) zu verbessern. Die 60er waren jedoch eine Zeit, in der die Interessen der ärmeren Schwarzen oftmals verraten wurden. Die schwarze Mittelschicht sah sich viel eher in der Lage, aus den relativ gesehen größer gewordenen Möglichkeiten, die sich aus der liberaleren staatlichen Politik der "Gleichen Möglichkeiten" ergeben hatten, Nutzen zu ziehen als die ärmere schwarze Bevölkerungsmehrheit.
Die gegenwärtig stattfindende Auseinandersetzung über die Polarisation der Klasseninteressen in der schwarzen Gemeinschaft ist deshalb die Konsequenz eines politischen Ansatzes der Bürgerrechtsbewegung, der nicht in der Lage war, der ökonomischen Situation aller Schwarzen gerecht zu werden. In bezug auf den unsicheren ökonomischen Status der schwarzen Frauen ist diese Vernachlässigung und Marginalisierung der Klassenfrage in der schwarzen Gemeinschaft für sie besonders problematisch.
"Rassen"-Solidarität ist ein wesentliches Element des Widerstands schwarzer Frauen gegen Unterdrückung. Dennoch lassen die übergreifenden Fragen der Klassen- und Geschlechtsemanzipation eine auschließliche Bezugnahme auf den Schwarzen Nationalismus als zu begrenzt und auf unkalkulierbare Weise schädlich gegenüber der Aussicht auf eine vollständige Befreiung schwarzer Frauen erscheinen. Unter den gegebenen sozialen Bedingungen, die auch aus anderen Unterdrückungsmechanismen als dem Rassismus bestehen, haben sich schwarze Frauen notwendigerweise gegen ökonomische Ausbeutung und sexistische Diskriminierung gewandt.

Die feministische Bewegung

Auf einer bestimmten Ebene teilen schwarze Frauen, andere "farbige" Frauen und weiße Frauen viele gemeinsame Interessen, insbesondere in Bezug auf ihren rechtlichen Status, die Begegnung mit Diskriminierungen und als Opfer sexueller Gewalt. Auf der Grundlage dieser gemeinsamen Erfahrungen haben Feministinnen versucht, einen Geist der "Schwesternschaft" und Solidarität unter Frauen zu entwickeln. Es ist anzunehmen, daß auch schwarze Frauen Teil dieser Schwesternschaft sein sollen, aber trotzdem ist unser Verhältnis zur Frauenbewegung wesentlich durch die Unsichtbarkeit und Marginalität schwarzer Frauen charakterisiert.
Die Proklamation von Gemeinschaftlichkeit, Universalität und des Primats der sexistischen Unterdrückung verneint einerseits die anderen strukturellen Ungleichheiten zwischen "Rasse", Klasse, Religion und Nationalität und andererseits die verschiedenartige kulturelle Herkunft, die das Leben vieler Frauen mitbestimmt. Während angenommen wurde, daß sich feministisches Bewußtsein und feministische Theorie aus der persönlichen Lebensrealität von Frauen entwickelten, wurde die Realität von Millionen Frauen ignoriert. Der Satz "das Persönliche ist das Politische" repräsentiert nicht nur eine phänomenologische Herangehensweise an die Frauenbefreiung - indem Frauen ihre eigene Realität definieren und konstruieren - sondern beschreibt auch eine Politik, die das Leben einiger weniger Frauen herausstellt, privilegiert und in der Annahme, deren Lebensrealitäten seien prototypisch, über das Leben aller anderen Frauen stellt. Für schwarze Frauen besteht "das Persönliche" jedenfalls aus den Problemen, die mit der vielfachen Unterdrückung durch Rassismus, Klassismus und - nicht nur - Sexismus einhergehen. Dies bedeutet nicht notwendigerweise, daß schwarze Frauen sich dem Feminismus vollständig verschlossen hätten, wohl aber, daß sie sich nur sehr selten ausschließlich in feministischen Organisationen engagiert oder sich primär mit den Anliegen der sogenannten Frauenbewegung identifiziert haben, die in der Regel die Bewegung weißer protestantischer Frauen aus der Mittelklasse ist.
Der Feminismus hat schwarze Frauen, unsere Erfahrungen und Interpretationen unserer eigenen Realitäten auf der konzeptionellen und ideologischen Ebene ausgeschlossen und abgewertet. Schwarze Feministinnen und Wissenschaftlerinnen haben auch andere Probleme in der feministischen Theorie identifiziert und kritisch untersucht. Die Annahme, daß die Familie per Definition patriachalisch sei, die Privilegierung einer individualistischen Weltsicht und die Befürwortung eines "feministischen Separatismus" stehen oft antithetisch zu den Werten und Zielen schwarzer Frauen und erschweren so unsere Assoziation mit dem Feminismus. Die genannten theoretischen Fehler bedingen insbesondere, daß bestimmte Feministinnen die Vielschichtigkeit und facettenreiche Natur der Unterdrückung von Frauen nicht anerkennen und somit auch keine Theorien entwickeln können, die den Realitäten tatsächlich gerecht werden. Als eine Konsequenz ist die Fähigkeit des reduktionistischen Feminismus, Ansätze herauszubilden, die Frauen weder an die anderen Unterdrückungsformen ausliefern noch diese Herrschaftsverhältnisse verschärfen, extrem eingeschränkt.
Ohne Theorien, die die Erfahrungen schwarzer Frauen wiedergeben, war und wird die Frauenbewegung nicht in der Lage sein, ideologische Anreize zu entwickeln, die diese Frauen mobilisieren könnten. Dabei ist es oftmals die genannte konzeptionelle Unsichtbarkeit, die zu der aktuellen strategischen Vernachlässigung, dem physischen Ausschluß oder der fehlenden Partizipation schwarzer Frauen geführt hat.
Die Geschichte des Rassismus der frühen Frauenbewegung wird von heutigen weißen Feministinnen fortgesetzt. Innerhalb von Organisationen machen die meisten schwarzen Frauen endlose Erfahrungen mit der faktischen Verneinung ihrer Lebenswirklichkeit. In einigen Fällen drückt sich dies im Fehlen von Materialien, Informationen, Reden, Aufsätzen und Personen aus, die schwarze Frauen repräsentieren. Die Nationale Frauenorganization (NOW) z.B. verhält sich gegenüber zentralen Themen wie Vergewaltigung, Abtreibung, Sterilisation,[4*] Armut und Gewerkschaften vollkommen indifferent und unsensibel.
Viele weiße Feministinnen gehen davon aus, daß ihr antisexistischer Standpunkt gleichzeitig die Ablehnung aller rassistischen Vorurteile und Verhaltenweisen beinhaltet. Diese Einstellung ist bestenfalls naiv und zeigt eine ernsthafte Ignoranz gegenüber der Tiefe, mit der der Rassismus die US-amerikanische Gesellschaft durchdrungen hat. Viele Schwarze, Männer und Frauen gleichermaßen, empfinden derartige Postulate als arrogant, rassistisch und gefährlich gegenüber ihren eigenen Interessen. Diane Lewis[5] folgert daraus, daß der Status schwarzer Frauen und unserer Interessen innerhalb der

4* Zu den rassistischen Überlagerungen dieser Fragen vgl. Angela Davis, Rassismus und Sexismus. Schwarze Frauen und Klassenkampf in den USA, Berlin-West 1982, insbesondere Kapitel 11 und 12.
5 Diane Lewis, A Response to Inequality: Black Women, Racism, and Sexism, in: Signs, Vol. 3 (1977), S. 339-361.

Frauenbewegung und ihrer Organisationen essentiell unsere subordinierte Position gegenüber weißen Frauen in der Gesellschaft wiederspiegelt. Unterschiedliche strukturelle Möglichkeiten und Lebensoptionen in der Gesellschaft machen "interethnische" Bündnisse wie feministische Solidarität problematisch. Konzeptionell unsichtbar, zwischenmenschlich unverstanden oder beleidigt und strategisch marginalisiert, haben schwarze Frauen herausfinden müssen, daß weite Teile der Frauenbewegung wichtige Aspekte unserer Geschichte und Erfahrungen ablehnen. Dennoch, entgegen den verschiedenen Hindernissen und Verengungen in der politischen Praxis zwingen uns die Imperative der vielschichtigen Unterdrückung dazu, den Sexismus wahrzunehmen und zu bekämpfen.

Über die Problematik der "Rassen"politik innerhalb des Feminismus hinausgehend, teilen viele schwarze Frauen die klassenspezifischen Interessen und Sorgen verarmter Frauen und ArbeiterInnen. Das, was sich als "Mainstream" des Feminismus etabliert hat, basiert demgegenüber auf den traditionellen liberalen Forderungen nach gleichen Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen in der Ökonomie. In der Praxis liegt die Betonung dieser Forderung auf der Verbesserung der Karrieremöglichkeiten für Frauen, die studiert haben und ohnehin ökonomisch privilegiert sind.

Obwohl es richtig ist, daß Männer im Durchschnitt besser verdienen als Frauen, steht auch fest, daß nicht alle Männer gleich gute Jobs in bezug auf Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen, Prestige und Mobilität haben. Die schlechter bezahlten männlichen Arbeitsplätze repräsentieren dabei bestenfalls eine minimale Verbesserung verglichen mit den Jobs vieler arbeitender Frauen. Das ökonomische Interesse weißer Feministinnen konzentrierte sich aber im wesentlichen auf den primären Arbeitsmarkt, obwohl die Berufe in diesem Sektor für Frauen aus den geringeren Einkommensgruppen oder solchen mit gar keinem Einkommen weder besonders bedeutsam noch überhaupt zugänglich sind.

Aus der Strukturierung der Gesellschaft in Klassen wird deshalb ein irrelevantes Thema, wenn ökonomische Nachteile nur dort für den Feminismus bedeutsam sind, wo es um die ungerechte ökonomische Stellung der Frauen gegenüber den Männern geht. Der Unterschied zwischen dem Einkommen von Männern und Frauen ist zwischen schwarzen Männern und Frauen dramatisch geringer als zwischen Weißen und deutet an, daß das Geschlecht alleine nicht der bestimmende Faktor der ökonomischen Stellung sein kann.

Aus einer monokausalen feministischen Perspektive ist die Klassenherrschaft nicht als ein eigenständiges Unterdrückungssystem verstehbar. Konsequenterweise spielt die Dynamik des Klassengegensatzes in liberalen und radikalfeministischen Ansätzen keine Rolle. Marxistische und sozialistische Feministinnen versuchten demgegenüber diese verengende Sichtweise zu korrigieren. Während die Marxistinnen in erster Linie darauf orientierten, das Problem des Geschlechtergegesatzes in die traditionelle marxistische Analyse zu integrieren, bestand das Hauptinteresse sozialistischer Feministinnen darin, eine nicht-reduktionistische Sichtweise des Feminismus zu entwickeln, in der Klassismus und Sexismus als gleichwertige Unterdrückunssysteme betrachtet werden.

Dabei gilt es aber zu betonen, daß sich die Mitgliedschaft der klassenorientierten feministischen Gruppen in der Regel aus Angehörigen der Mittelschicht zusammensetzte. In durchaus vergleichbarer Weise ist es weder Feministinnen noch der antirassistischen Bewegung gelungen, stabile Verbindungen zu armen schwarzen und weißen Frauen aus der ArbeiterInnenklasse herzustellen.

Die fehlende Aufmerksamkeit gegenüber ökonomischen Fragestellungen besitzt einen zentralen Einfluß auf die Beteiligung und das Engagement schwarzer Frauen, wobei die Unterschiede in den Prioritäten zwischen schwarzen und weißen Frauen in enger Verbindung zur Klassenfrage stehen. Themen wie Sozialleistungen, Hunger, schlechte Wohnbedingungen und mangelhafte medizinische Versorgung werden nur selten als feministische Interessen gesehen und stellen kaum die Schwerpunkte feministischer Sozialpolitik dar. Die ökonomischen Probleme schwarzer Frauen werden durch die Frauenbewegung entweder ignoriert oder verzerrt. Die feministische Interpretation der "Feminisierung der Armut" stellt einen solchen Fall dar, weil die Verwundbarkeit weißer Frauen durch Verarmung überbewertet, die Bedeutung der Verarmung schwarzer Männer unterschätzt bzw. ignoriert wird und die Erkenntnis der Relevanz der Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse für die kontinuierliche Reproduktion der Verarmung durch eine verengte Sichtweise auf das Geschlecht ersetzt worden ist.

Zusammenfassend ergibt sich, daß die feministischen Vernachlässigungen, Fehlinterpretationen oder Herabsetzungen der antiklassistischen und antirassistischen Bewegungen und Politikansätze das Verhältnis schwarzer Frauen zur Frauenbewegung entscheidend bestimmt haben. Oft bestand unsere Reaktion darin, ein Engagement in Organisationen zu vermeiden, die von weißen Frauen aus der Mittelklasse dominiert wurden, und unsere Unterstützung für eine Politik zu verweigern, die unsere "rassen"- und klassenspezifischen Interessen nicht berücksichtigte.

Ebenso, wie die Wichtigkeit der "Rassen"frage viele schwarze Frauen an die antirassistische Bewegung herangeführt hat und unsere geschlechtsspezifischen Interessen die feministischen Anstrengungen schwarzer Frauen vergrößert haben, brachte die ökonomische Ungerechtigkeit viele von uns dazu, die Lösung der Klassenfrage als einen notwendigen Bestandteil auf dem Weg der Befreiung zu betrachten.



Klassen-Politik

Die ökonomische Ausbeutung ist die dritte Herrschaftsform, die das Leben schwarzer Frauen beeinflußt. In der historischen Entwicklung waren es im wesentlichen drei Hauptbewegungen, die die ökonomische Unterdrückung der ArbeiterInnenklasse politisch thematisierten. Dazu zählen die Gewerkschaften und die antikapitalistischen Politikansätze der 30er und 60er Jahre, die allgemein als "Alte" bzw. "Neue Linke" bezeichnet werden. Deren gemeinsame Ursprünge ergaben sich aus der Notwendigkeit, auf die mit der Urbanisierung und Industrialisierung einhergehende breite Verarmung organisatorisch zu reagieren und politische Ansätze zu entwickeln, die die Probleme der Lohnarbeit und der ökonomischen Struktur kapitalistischer Gesellschaften zum Ausgangspunkt hatten.

Bis in die 30er hinein versprach der politische Ansatz der Gewerkschaften allerdings nur wenig Hoffnung für Schwarze und Frauen und gar keine für schwarze Frauen. Die Gewerkschafter kultivierten ein soziales Bild des Arbeiters als eines verheirateten Mannes, der einen auf die gesamte Familie bezogenen Lohn brauche, um seine Frau und seine Kinder ernähren zu können. Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung unterstützte darüberhinaus aktiv eine Arbeitsgesetzgebung, die Frauen faktisch von den Jobs ausschloß, die es ihnen ermöglicht hätten, sich und ihre Familien zu versorgen. Diese Anstrengungen gegen Frauen wurden mit dem Ausschluß von Schwarzen, anderen "ethnischen" Minderheiten und ursprünglich auch süd- und osteuropäischen Immigran-



tInnen aus den profitabelsten Bereichen der Facharbeit und den gewerkschaftlich organisierten Betriebe (closed shops) verbunden. Besonders Schwarze wurden von den Gewerkschaften als Mitglieder ausgeschlossen oder auf andere Art und Weise auf ungelernte und schlecht bezahlte Arbeiten festgelegt. In den Berufszweigen, in denen der Anteil der Schwarzen relativ hoch war, bedeutete eine gewerkschaftliche Organisation der Betriebe für sie oftmals den gewaltsamen Rausschmiß. In der Konsequenz führte die Verweigerung eines "Familienlohns" für schwarze Männer zu einer weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen schwarzer Familien und Individuen.

In Reaktion auf die Diskiminierungen durch die Gewerkschaften organisierten sich weiße Frauen und schwarze Männer und Frauen eigenständig. Ironischerweise unterstützten die meisten der gewerkschaftlichen Frauenorganisationen und viele sozialistische Feministinnen die Durchsetzung einer Arbeitsschutzgesetzgebung, allerdings in der falschen Annahme, daß die Einflußnahme des Staates nicht nur sichere Arbeitsbedingungen garantieren könnte, sondern auch vernünftige Arbeitsbelastungen für Frauen und Männer schaffen würde. Eine der nicht beabsichtigten Konsequenzen dieser Strategie war, daß sich die ökonomische Situation vieler Frauen durch die Arbeitsschutzgesetzgebung verschlechterte, weil die neuen Gesetze dazu benutzt werden konnten, die Trennung der Frauen vom "normalen" Arbeitsmarkt zu verschärfen und dadurch deren Beschäftigungsmöglichkeiten weiter einzuschränken.

Als Frauen und Töchter von Männern, die keinen "Familienlohn" bekamen, war die Partizipation schwarzer Frauen am Arbeitsmarkt existenziell für ihr eigenes Überleben und das ihrer Familien. Trotz dieser Situation profitierten schwarze Frauen nur in sehr geringem Ausmaß von den Anstrengungen der gewerkschaftlichen Organisierung weißer Frauen. Erstens waren schwarze Frauen überproportional in den Berufen beschäftigt, in denen eine gewerkschaftliche Organisation am wenigsten warscheinlich war, beispielsweise als Bedienstete in Haushalten bzw. Restaurants und als landwirtschaftliche Arbeitskräfte. In größeren industriellen Betrieben arbeiteten sie getrennt von den weißen Frauen, unter denen die gewerkschaftliche Organisierung stattfand und waren darüberhinaus oftmals Spielball in den Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Management.

Zweitens haben weiße Gewerkschafterinnen es versäumt, schwarze Arbeiterinnen aktiv zu rekrutieren oder ihnen sogar das Recht auf Mitgliedschaft aufgrund ihrer "Rassen"zugehörigkeit verweigert. Schwarze Frauen wollten bessere Jobs, aber sie mußten sich oft mit den Arbeiten zufrieden geben, die als zu gefährlich, schmutzig oder unmoralisch für weiße Frauen galten.

Für Schwarze in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts waren ihre klassen- und "rassen"spezifischen Interessen untrennbar. Schwarze Frauen profitierten indirekt von dem gewerkschaftlichen Engagement ihrer Männer und unterstützten deren Anstrengungen aktiv, beispielsweise mit der Teilnahme an Streikposten oder, noch wichtiger, durch die Finanzierung des Haushaltes während der Streiks aus dem von ihnen selbst verdienten Geld. Schwarze Frauen engagierten sich auch direkt für die gewerkschaftliche Organisierung, sowohl innerhalb der existierenden, mehrheitlich von Weißen beherrschten Gewerkschaften, als auch durch ihren eigenen organisationsunabhängigen Aktivismus.

Nicht alle Gewerkschaften und ökonomischen Organisationen haben weiße Frauen und schwarze Männer und Frauen ausgeschlossen, aber insgesamt ist die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung und ihres Umgangs mit den für diese Menschen zentralen Fragen alles andere als ermutigend. Bis 1970 opponierten die wichtigsten Gewerkschaften gegen das "Equal Rights"-Amendment[6] und wenden sich selbst heute noch gegen die quotierte Einstellung von schwarzen und vergleichbare Politikansätze. Die fortbestehende Notwendigkeit für schwarze und weiße Frauen, sich eigenständig gewerkschaftlich zu organisieren, deutet an, daß die historischen Barrieren ihrer vollständigen Teilnahme und Anerkennung in Gewerkschaften erhalten geblieben sind. Es ist aber auch wichtig zu betonen, daß der gewerkschaftliche Ansatz insgesamt viele Begrenzungen, beispielsweise die Fixierung auf den einzelnen Arbeiter, aufweist. Während die Gewerkschaften versuchten, die schlimmsten Seiten der industriellen Gesellschaft abzumildern, stellten sie die ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus nur selten in Frage.

Diese Herausforderung wurde den sozialistischen und kommunistischen AktivistInnen überlassen, deren radikale Kritik an der politischen Ökonomie in den Vereinigten Staaten jedoch nicht, wie in anderen Nationen, Teil des politischen "Mainstreams" geworden ist. Trotzdem gelang es in diesem Jahrhundert einer kleinen, aber wichtigen Gruppe von AktivistInnen und Intellektuellen, den Radikalismus weiterzuverbreiten. Die politische Linke unterstützte zudem im allgemeinen schwarze Frauen und Männer und weiße Frauen aus der ArbeiterInnenklasse.



Die zweite Welle des Antikapitalismus entwickelte sich als integraler Bestandteil der sogenannten "Neuen Linken" in den 60ern. Peter Clecak beschreibt diese Ära als eine, der es an der Vision einer neuen Gesellschaft gemangelt habe, die über die Ablehnung von Armut, Rassismus, Imperialismus und geistiger Herrschaft hätte hinausweisen können.[7] Ihre apokalyptischen Visionen der amerikanischen Gesellschaft und die utopischen Vorstellungen von Gemeinschaftlichkeit waren außerdem auf einer fundamentalen Akzeptanz der kapitalistischen Werte - wie Individualismus, persönliche Bereicherung und individuelle Freiheit - aufgebaut. Der "Neuen Linken" fehlte es implizit an einem fundierten und kritischen Verständnis von Unterdrückung als Gruppen- und Systemprozeß. Die Desillusionierung, die die "Neue Linke" als Bewegung charakterisierte, enstand wesentlich aus den Frustrationen, die mit dem fehlgeschlagenen Versuch einhergingen, die verarmte Stadtbevölkerung und "ethnischen" Minderheiten zu organisieren. Die "neuen Linken" verstanden nicht, daß die meisten Mitglieder der unterdrückten Gruppen ein Stück des "amerikanischen Traums" wollten, nicht dessen Zerstörung.

Zur selben Zeit wurden die Frauen, die in der "Neuen Linken" aktiv waren, in zunehmenden Maße durch die strategische und theoretische Indifferenz gegenüber der Frauenfrage frustriert. Die sexistische Politik der Bewegung unterwarf die Frauen einer traditionellen Aufteilung der Geschlechterrollen, sexueller Manipulation, männlicher Führer- und Herrschaft, sowie der Konzentration auf ein im wesentlichen männliches Thema, der Wehrpflicht (Vietnam).

Die Rolle der schwarzen Frauen innerhalb der radikalen "Neuen Linken" war wieder einmal durch Unsichtbarkeit charakterisiert. Die schwarzen Frauen reagierten darauf mit der Integration der Klasseninteressen in ihre feministische und antirassistische Politik. So finden sich beispielsweise in den Gründungsdokumenten der verschiedensten feministischen Organisationen grundsätzliche Kritiken der politischen Ökonomie als Eckpfeiler der Analyse von Herrschaft. Aus den bestehenden Notwendigkeiten der eigenen Lebensrealitäten heraus haben schwarze Frauen dabei sowohl die engere Fragestellung der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen als auch die weiter gefaßte Problematik der Gesamtökonomie thematisiert.

Eine der wesentlichen Beschränkungen sowohl des gewerkschaftlichen Ansatzes als auch der radikaleren klassenpolitischen Ansätze ist ihr Reduktionismus, der die Rolle der Ökonomie auf Kosten eines erweiterten Verständnisses für andere Formen der Unterdrückung übertreibt. Trotz der historischen Beispiele von schwarzen Männern und Frauen und weißen Frauen, die in Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen aktiv waren, und den sporadischen Versuchen dieser Oraganisationen, antisexistische und antirassistische Politik zu machen, stellt die klassenorientierte Politik keine Lösung für die Probleme der Herrschaft, mit denen schwarze Frauen konfrontiert sind, dar, weil sie damit fortfährt, die Klassenfrage innerhalb eines Rahmens, den weiße Männer definiert haben, zu privilegieren.

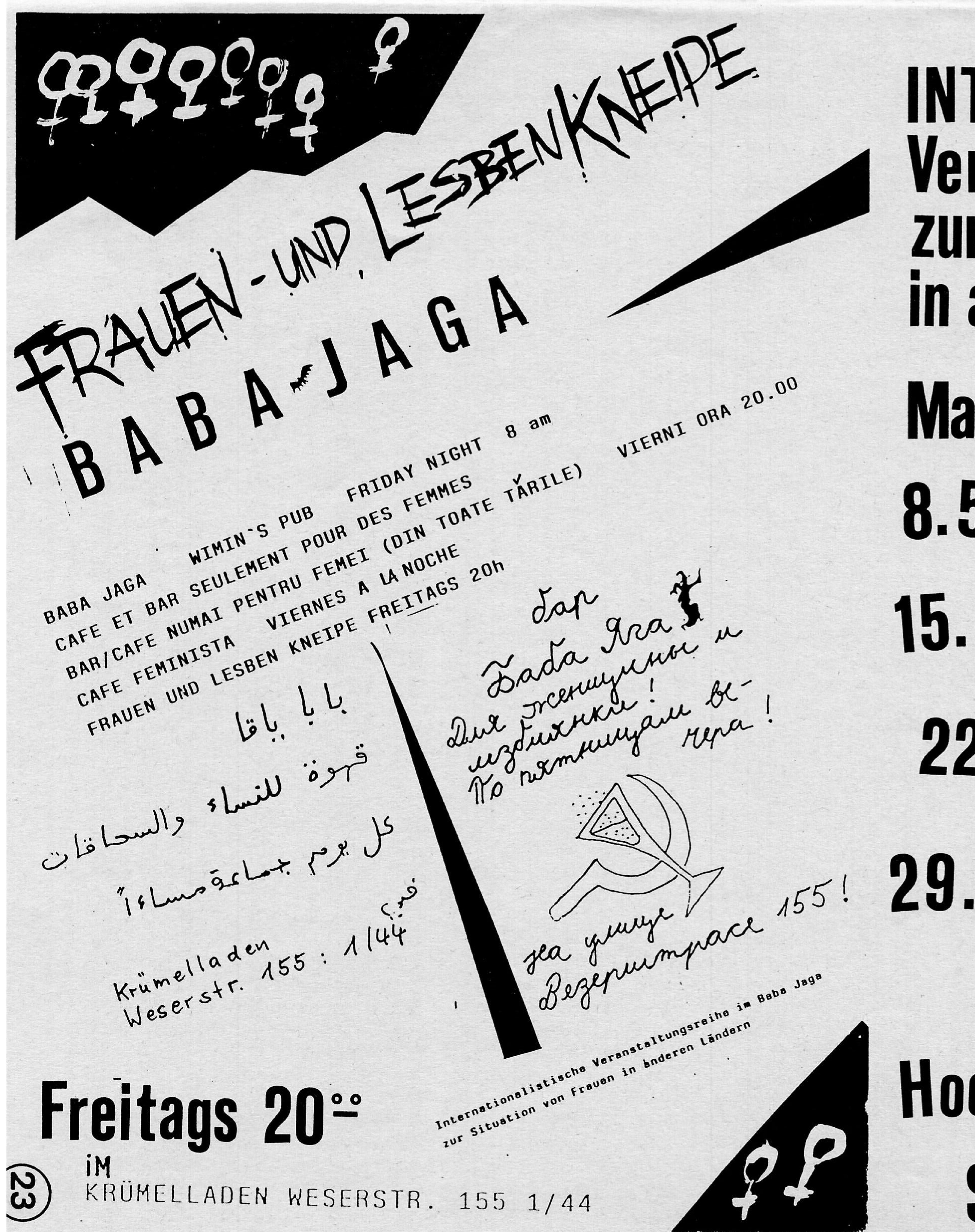
Unter der gegebenen Bedingung, daß keines der dargestellten Konzepte in der Lage ist, den Zusammenhang zwischen Rassismus, Sexismus und Klassismus im Leben schwarzer Frauen adäquat zu benennen, sind schwarze Frauen gezwungen, eine politische Ideologie zu entwickeln, die in der Lage ist, diese vielschichtigen Formen von Herrschaft zu interpretieren und sich ihnen zu wiedersetzen.

Vielschichtiges Bewußtsein im Schwarzen Feminismus

Natürlich führt das vielschichtige Wesen schwarzer Frauenschaft dazu, daß sich die verschiedene emanzipatorischen Ideologien der "Rassen"-, Klassen- und Geschlechterbefreiung miteinander verbinden. Die Grundlage unserer feministischen Ideologie ist in unserer Lebensrealität verwurzelt. An dem Punkt, an dem die Vertreter irgendeiner Ideologie auf separtistischen Organisationsformen bestehen, die Bedeutung einer Herrschaftsform über alle anderen stellen und eine vollständige Identifikation mit dieser Ideologie verlangen, schließen sie schwarze Frauen und deren Lebensrealitäten aus ihren politischen Zusammenhängen aus. Die feministische Ideologie schwarzer Frauen erklärt daher in erster Linie die konzeptionelle Sichtbarkeit schwarzer Frauen. Sie berücksichtigt die Tatsache, daß zwei gegebene und nicht veränderbare Charakteristika, sowohl Frauen als auch Schwarze zu sein, unseren Status in der amerikanischen Gesellschaft determinieren. Zweitens sieht der Schwarze Feminismus die Selbstbestimmung als wesentlich an. Wir schwarze Frauen haben das Recht und die Fähigkeit, unsere Realität eigenständig zu interpretieren und unsere politischen Zielsetzungen selber festzulegen. Während wir als Frauen und Schwarze auf eine reiche Tradition des politischen Kampfes zurückblicken, etablieren und erneuern wir kontinuierlich unsere eigenen Prioritäten. Als schwarze Frauen entscheiden wir selber über die relative Bedeutung der verschiedenen Identitäten und Unterdrückungsformen und ob bzw. wie sie unsere Politik beeinflussen. Drittens wendet sich die Ideologie schwarzer Frauen vehement gegen die gemeinsame innere Struktur der vielschichtigen Unterdrückungsmechanismen von Rassismus, Sexismus und Klassismus, sowohl in der dominierenden Gesellschaft als auch in den verschiedenen Befreiungsbewegungen. Durch die Konfrontation mit den zahlreichen Formen der Unterdrückung entwickeln und definieren schwarze Frauen ein vielschichtiges Bewußtsein, das wesentlich für unsere Befreiung ist und in dem feministisches Bewußtsein einen integralen Bestandteil darstellt.

Darüberhinaus nimmt unsere feministische Ideologie ein Bild schwarzer Frauen als kraftvolle, unabhängige Subjekte an. Indem wir uns auf die vielschichtigen Formen unserer Unterdrückung konzentrieren, begründen wissenschaftliche Beschreibungen unserer Lebensrealitäten die Fähigkeit, Sichtweisen zu entwickeln und schätzen zu lernen, in denen schwarze Frauen keine hilflosen Opfer sind. Es wäre aber falsch anzunehmen, daß ideologische und politische Entscheidungen ausschließlich durch die historische Dynamik von Rassismus, Klassismus und Sexismus in dieser Gesellschaft bestimmt werden. Obwohl die Komplexität und Widersprüchlichkeit, aus denen sich ein Bewußtsein der verschiedenen Herrschaftsformen von Rassismus, Klassismus und Sexismus entwickelt, die Herausbildung und Praxis einer derart vielseitigen Ideologie prinzipiell problematisch machen, ist das Erreichen dieses Ziels umso notwendiger, wenn wir auf unsere Befreiung als Schwarze, als ökonomisch Ausgebeutete und als Frauen hinarbeiten wollen.

6* Schließlich abgelehnter Verfassungszusatz zur rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter.
7 Peter Clecak, Radical Paradoxes: Dilemmas of the American Left, 1945-1970, New York 1973.



INTERNATIONALISTISCHE
Veranstaltungsreihe zur Situation von Frauen in anderen Ländern

Mai: Litauen, Kurdistan, Irland und Palästina

8.5.

15.

22.

29.5.

Wir finden es wichtig, uns möglichst genau über die Lebenssituation von Frauen in anderen Ländern zu informieren.
Wir haben für den Monat Mai Erfahrungsberichte zu den Ländern: Litauen, Kurdistan, Irland und Palästina vorbereitet.
Einige von uns haben entweder in den betreffenden Ländern gelebt, oder sie zumindest regelmäßig besucht. Uns geht es einerseits um ein Verstehen der verschiedenen Reali= täten und Utopien der Frauen, andererseits können wir nur einen subjektiven Eindruck vermitteln. Dies kann aber auch zu einem Verständnis unserer verschiedenen Sicht- und Herangehensweisen führen. Die Frauen, die berichten werden, sind ebenso unterschiedlich, wie die, die sie in den betreffenden Ländern getroffen haben und deren Leben und Kämpfe sie mitbekommen haben, ob z.B. organisiert oder nicht politisch aktiv.
Für uns bedeutet diese Veranstaltungsreihe nur ein Anfang. Sie kann keinen Bericht von dort und keine Auseinander= setzung mit Frauen dort oder mit Immigrantinnen und/oder deren Organisationen hier ersetzen.

Hoch die internationale Solidarität !!!

LIEBE ♀♀ ♀ ♀ ♀♀ ALLER NOCH "HERREN" LÄNDER !

Am 10./11./12.4.92 fand in Frankfurt das 3. bundesweite, linksradikale ♀♀♀♀-Treffen gegen den WWG statt.Es waren ca. 40 ♀♀♀♀ aus 10 verschiedenen Städten da.

Schwerpunkt des letzten Treffens war vor allem die konkrete Planung von Aktionen für die Aktionstage vom 6.-8.7. und die inhaltliche Vorbereitung der Demo am 4.7. Es gab Arbeitsgruppen zu den Themen:

- Demoaufruf
- Redebeiträge von ♀♀♀♀ auf der Demo
- ♀♀♀♀ und Knast (Vorbereitung der Knastkundgebung)
- Flüchtlingspolitik (Plakataktion, evtl. Veranstaltung auf dem Gegenkongress)

Da bei diesem Treffen vor allem das Gefühl,unter großem Zeitdruck zu stehen, "vorherrschte",(nur noch 3 Monate bis zum WWG), war kaum Zeit für inhaltliche Diskussionen, die an unserer Alltagssituation ansetzen (z.b. Wohnen). Wir finden diesen Ansatz wichtig, um darüber hinaus zu einer gemeinsamen inhaltlichen Bestimmung zu kommen und eine ♀♀♀♀-Organisierung über die Anti-WWG-Kampagne hinaus zu erreichen.

Punkte, die auf dem nächsten Treffen zu besprechen sind:

- Stand der Mobilisierung in den einzelnen Städten
- weitere Vorbereitung der Aktionen
--Organisierung
--Repression (bundesweite Verantwortung für ♀♀♀♀-Anti-WWG-Mobilisierung)

Da wir nicht wissen, ob Euch diese Einladung alle noch früh genug erreicht (Poststreik), bitten wir Euch, sie zu vervielfältigen und vielen weiterzusagen, wann das nächste Treffen stattfindet:

am 15./16./17.5.92 in GÖTTINGEN
FrauenLesben-Zentrum , Düstere Straße 21, 3400 Göttingen
Anreise Freitag Abend ab 22.00 Uhr
Ruft an, wie viele Ihr seid, ob Ihr Kids mitbringt usw.
Schlafsäcke und Isomatten bitte mitbringen! Tel. 0551/ 46910

Gemeinsam gegen den Weltwirtschaftsgipfel '92 in München !

DEMONSTRATION

4.7.92

Eine große Demonstration soll schon vor der offiziellen Eröffnung des Weltwirtschaftsgipfels auf den Straßen Münchens unsere Kritik und Wut manifestieren.

GEGENKONGRESS

3.- 5.7.92

Auf dem Internationalen Gegenkongreß wollen wir mit Menschen aus Basis- und Befreiungsprozessen ihre und unsere Kampferfahrungen und gemeinsame Perspektiven diskutieren.

AKTIONSTAGE

6.- 8.7.92

Mit den Aktionstagen wollen wir in vielfältigen Formen die verschiedenen Aspekte von Unterdrückung und Widerstand zum Ausdruck bringen.

Wie ihr vielleicht schon aus der Presse erfahren habt, haben wir mit 40 Leuten am 29.April, als Protest gegen die Vorfälle am Rande der EXPO in Sevilla das Spanische Generalkonsulat in Berlin besetzt. Die Aktion verlief, was unser Ziel der Schaffung von Öffentlichkeit anging, außerordentlich erfolgreich. Wir faxten vom Konsulat aus die Erklärung an die spanischen Ministerien und Presse, die hiesige Presse wurde extern ebenfalls eingedeckt. Klar wurde aber auch, da uns der Konsul durch scheinbare Kooperation zunächst einmal auflaufen ließ, daß die knappe Vorbereitungszeit den Effekt der Aktion eingrenzte: zunächst erfüllte der Konsul unsere Forderung die Erklärung weiterzuleiten. Das Außenministerium, als Kontakt für Botschaften, war natürlich in der Sache nicht zuständig. Nach einem Telefongespräch von uns mit einem Staatsdiener aus dem Außenministerium verließen wir die Botschaft wieder, da der Konsul sonst die Bullen gerufen hätte, um uns abzuräumen. Forderungen, die wir erst im Laufe der Besetzung stellten (Reaktion der zuständigen spanischen Behörden auf unsere Forderungen) akzeptierte er nicht mehr.

Presseerklärung

Besetzung des spanischen Generalkonsulats in Berlin

Wir protestieren gegen die Repression des spanischen Staates in Sevilla seit Beginn der Weltausstellung

Wir haben heute, am 29.4., das spanische Generalkonsulat in Berlin besetzt, um ein Ende der Repression in Sevilla (Weltausstellung EXPO '92) zu fordern und Öffentlichkeit für die unglaublichen Geschehnisse in Sevilla seit dem 19.4.92 zu schaffen.
Zur Eröffnung der Weltausstellung sollte in Sevilla ein Gegenkongreß und eine Reihe von Demonstrationen und Aktionen veranstaltet werden. Menschen aus Lateinamerika und aus mehreren europäischen Ländern waren angereist, um dagegen zu protestieren, daß mit der "EXPO 92" der Beginn der blutigen Kolonisation durch Europa gefeiert wird. Der spanische Staat hatte von Anfang an keine Zweifel aufkommen lassen: Weder hat er den indigenen Völkern Mittel- und Südamerikas Pavillons zur Selbstdarstellung noch andere Möglichkeiten zur kritischen Meinungsäußerung in Sevilla eingeräumt. Jeglicher Protest wurde von der Staatsgewalt brutal unterdrückt. Es gab zahlreiche Verletzte durch Schlagstockeinsätze und Schußwaffengebrauch der Polizei, Massenverhaftungen, Mißhandlungen und illegale Dauer der Polizeihaft. Von 83 der im Zuge der Gegenaktivitäten Festgenommenen sind mittlerweile 72 ausgewiesen, 11 EXPO-GegnerInnen sitzen noch in Untersuchungshaft.
Die spanischen Medien haben in den vergangenen Tagen versucht, den Protest und die andauernde Repression herunterzuspielen, um "Glanz und Gloria" der EXPO 92 nicht zu beeinträchtigen. Ausländische JournalistInnen werden seit den ersten Polizeieinsätzen bei ihrer Arbeit aktiv observiert, einige wurden an ihrer Arbeit gehindert oder sogar festgenommen und ihr Filmmaterial beschlagnahmt. Die Brisanz dieses Filmmaterials besteht u.a. darin, daß dort der polizeiliche Schußwaffeneinsatz dokumentiert ist.
Wir sehen die Notwendigkeit, die Geschehnisse hier an die Öffentlichkeit zu bringen. Aus diesem Grunde wurde das Generalkonsulat besetzt.



Die Übergriffe
Die Regierung Spaniens demonstrierte bereits einen Tag vor Beginn der Weltausstellung in Sevilla, die laut Eröffnungsrede von König Juan Carlos "ihren BesucherInnen eine Vorstellung von Toleranz, Respekt der Meinungsvielfalt und der internationalen Solidarität vermitteln will", wieweit es um diese hehren Werte praktisch bestellt ist: Schon vor Beginn der EXPO wurde ein generelles Verbot von Demontrationen und Gegenaktivitäten ausgesprochen. GegnerInnen der Weltausstellung, die sich bei Sevilla zu einem Gegenkongress aus aller Welt zusammengefunden hatten, wurden seit Sonntag dem 19.04. Opfer brutaler Repression. Eine friedliche Spontandemonstration von 400 Menschen endete am 19. in Sevilla mit drei Schußverletzten durch die Polizei (unter anderem eine Passantin), einem von der Polizei angefahrenen und hinterher zusammengeschlagenen Teilnehmer und 37 Festnahmen (darunter 16 Deutsche). Gleichzeitig fanden im gesamten Stadtgebiet razziaartige Übergriffe von Spezialeinheiten statt.
Eine Aktion südamerikanischer Indígenas bei der Eröffnungsrede am 20. April, auf der sie selbst eine Erklärung verlesen wollten, wurde von den Sicherheitskräften verhindert. Im Anschluß gaben die VertreterInnen der Kuna-, Quechua- und Kolla-Völker eine Pressekonferenz am Eingang des EXPO-Geländes (u.a. mit JournalistenInnen von drei spanischen Fehrnsehkanälen und dem deutschen ZDF). Dabei wurden sie mit einem Sit-In von ca. 30 Leuten solidarisch unterstützt (es gab nicht einmal eine Blockade des Eingangs). Diese friedliche Kundgebung wurde ebenfalls von Spezialeinheiten niedergeknüppelt, einzelne Personen, auch aus den umherstehenden PassantInnen, wurden herausgegriffen. Insgesammt gab es hierbei 23 Festnahmen.
Am zweiten EXPO-Tag (21.04.) wurde von 30 vermummten Polizisten der Campingplatz, auf dem die TeilnehmerInnen des Gegenkongresses untergebracht waren, umstellt und 23 Menschen (12 LateinamerikanerInnen, 10 Deutsche, 1 Türkin) willkürlich während des Essens verhaftet. Das gesamte Material des Kongresses, das einer lateinamerikanischen Frauenfilmgruppe und die Filmaufnahmen eines mexikanischen Journalisten wurden beschlagnahmt, nur die Frauen erhieltem bisher ihr Marial zurück.

Situation der Gefangenen und Ausweisungen
Die Gefangenen wurden z. T.entgegen spanischem Recht länger als 72 Stunden, nämlich 5 bzw. 6 Tage oder länger in Haft gehalten. Die Festgenommenen berichteten von Mißhandlungen während der Haft (Schläge, Spießrutenlauf, rassistische und sexistische Gewalt). Alle klagten über die menschenunwürdigen Haftbedingungen, über das Willkür, Gewaltandrohung und Einschüchterung, darüber, daß sie kaum schlafen konnten, weil sie immer wieder von den Polizisten geweckt wurden und daß sie kaum zu essen bekamen (zwei Brötchen am Tag, stark gechlortes Leitungswasser).
Allen Festgenommenen wurde der Kontakt mit Familie oder AnwältInnen verweigert. Ein Anwalt, der am 21.4. zu den Gefangenen wollte, wurde nicht nur daran gehindert, sondern von der Polizei ebenfalls verprügelt.
Besonders deutlich zeigt sich der Rassismus gegenüber den Lateinamerikanerinnen: Die drei Frauen der Filmgruppe wurden mißhandelt und während der fünf Tage neben zwei weiteren Gefangenen in Isolationshaft ohne Kommunikation gehalten.
Nach 3 Tagen wurden die Gefangenen zum ersten Mal dem Haftrichter vorgeführt. Ein Teil wurde freigesprochen, danach allerdings direkt in Abschiebehaft genommen. Am 25.4. wurde sie über die französische Grenze, zusammengepfercht in zwei Mannschaftswagen der Polizei, in 19 Stunden Fahrt abgeschoben. Speziell für diese Abschiebung wurde ein Regierungsdekret erlassen, das die Anwendung des spanischen AusländerInnengesetzes (Ley de Estranjería) ermöglichte. Die Inhaftierten durften zu keiner Zeit Verbindungen mit AnwältInnen aufnehmen. Trotz der Haftentlassung aufgrund fehlender Beweise bekamen die Expo-GenerInnen, die nicht aus der EG stammen, ein fünfjähriges Einreiseverbot in den Pass gestempelt.
Die 11 verbliebenen Gefangenen, sieben Basken und SpanierInnen, drei Deutsche, darunter eine 17-jährige durch Krankheit haftunfahige Wuppertalerin, und ein Österreicher sitzen in Untersuchungshaft. Ihnen droht nun die Anklage der spanischen Regierung wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt mit schwerer Körperverletzung, Sachbeschädigung und Störung der öffentlichen Ordnung. Als Beweismaterialien dienen hierbei u.a. die auf dem Campingplatz beschlagnahmten Materialien der EXPO-GegnerInnen.
Die Vorgänge machen deutlich, daß der spanische Staat keinerlei Protest gegen die Jubelfeiern im Rahmen von EXPO und 500. Jahrestag der Eroberung und Unterwerfung Lateinamerikas duldet, sondern mit allen Mitteln bis hin zu Schüssen auf Menschen andere Meinungen unterdrückt.

Wir fordern:

- **Sofortige Freilassung der 11 Gefangenen und Einstellung aller Verfahren!**
- **Rücknahme der Ausweisungen und des Einreiseverbots für die EXPO-GegnerInnen!**
- **Freigabe des beschlagnahmten Kongress- und Medienmaterials!**
- **Entschädigung für die erlittenen Mißhandlungen!**
- **Aufhebung des faktischen Demonstrationsverbots in Sevilla!**
- **Gegen Verharmlosung des kolonialen Völkermords durch EXPO und 500-Jahr-Feier!**

einige Gruppen der Berliner 500-Jahre-Koordination



ZUM FLÜCHTLINGSKAMPF IN NORDERSTEDT

Dieses Papier sehen wir als weiteren Beitrag zur Nachbereitungsdiskussion des Flüchtlingskampfes in Norderstedt.

Es ging uns jetzt noch nicht darum Perspektiven zu eröffnen, sondern Fehler zu benennen, die unseres Erachtens während des Kampfes gemacht wurden.

Wir sehen uns als Beteiligte an diesem Kampf und damit auch als Mitverantwortliche an gemachten Fehlern. Daher richtet sich unsere Kritik nicht allein an die engeren UnterstützerInnen, sondern bezieht sich auch auf uns als Teil des weiteren UnterstützerInnenkreises.

Wir hoffen, daß unsere Kritik als konstruktiv und solidarisch verstanden wird.

Wir haben nicht den Anspruch, alle Punkte abschließend behandelt zu haben. Einiges ist nur angerissen und bedarf weiterer Diskussion.

Wir haben uns dennoch entschlossen, das, was wir hatten zu Papier zu bringen, weil bisher recht wenig an nachvollziehbarer Diskussion vorhanden ist.

Aussichtslos ????????

Es ist unserer Meinung nach nicht richtig, daß der Kampf von Beginn an von Aussichtslosigkeit geprägt war.

Wir finden diesen Punkt wichtig, weil in der Er(k)lärung sich uns der Eindruck vermittelte, daß der Kampf als von vornherein hoffnungslos dargestellt wurde.

Diese Aussage impliziert, daß eigenes Verhalten den Ausgang des Kampfes nicht beeinflussen konnte. Dadurch muß eigenes Verhalten nicht hinterfragt werden. Diese Ausblendung eigenen Handelns verhindert eine kritische Aufarbeitung.

Es bestand die konkrete Hoffnung, daß die Forderungen der Flüchtlinge, keine Abschiebung in die Ex-DDR und Bleiberecht in Schleswig-Holstein, durchgesetzt werden konnten. Sicher ist die generelle Durchsetzung der Forderung nach freier Wahl des Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge aufgrund des bestehenden Kräfteverhältnisses in der BRD nicht sehr wahrscheinlich.

Für die Norderstedter Flüchtlinge aber bestand die Hoffnung auf Durchsetzung durchaus. Zumindest eine Lösung wie in Hessen, wo es Flüchtlingen gelang ihre Forderung nach Bleiberecht durchzusetzen, schien möglich.
Anders wäre auch gar nicht die kämpferische Stimmung bei allen erklärbar, die nach der Flucht aus Greifswald spürbar war.
Erst im weiteren Verlauf des Kampfes wurde ein Erfolg zunehmend unwahrscheinlich. Mit der Demo am 7.12.91 wurde klar, daß die Mobilisierungsfähigkeit des Linksradikalen- und MigrantInnenspektrums nicht ausreichte, um genügend Druck zu erzeugen, damit die politisch Verantwortlichen sich zum Einlenken gezwungen sahen.

Bei der Demovorbereitung waren zwei Positionen erkennbar:
-Mobilisierung auf das eigene Spektrum begrenzt
-Einbindung von gewerkschaftlichen und kirchlichen Basisgruppen sowie SPD-Basis.

Die Entscheidung für die erste Position war nicht unumstritten.
Die Frage ob einer Bündnisdemo mit dem bürgerlichen Kräften mehr Erfolg beschieden gewesen wäre, ist nicht abschließend zu beantworten. Möglicherweise hätte sich die Mühe gelohnt die Basisgruppen anzusprechen und SPD und Kirche mit ihrer doppelten Moral, ihrer eigenen Widersprüchlichkeit zu konfrontieren.

Daß mensch es hier nicht mit einem monolithischen Block zu tun hatte, war schon vorher an vielen Punkten deutlich geworden.
Es gab z.B.:
- eine Solidarisierung von Schalom-Mitgliedern mit den Flüchtlingen, indem diese Lebensmittel spendeten
- die Solidarische Kirche, die ebenfalls die Forderungen der Flüchtlinge unterstützte
- Bürgerinis, die in der näheren Umgebung für AsylbewerberInnen sozialarbeiterisch tätig waren
- IG Metall Betriebsgruppen, sowie Jusos und Grüne auf Kreis- und Landesebene, die sich solidarisierten

Es wäre einen Versuch wert gewesen, diese Gruppen und Einzelpersonen von Beginn an anzusprechen und z.B. in der Form eines offenen Plenums miteinzubeziehen, auch gerade vor dem Hintergrund der klammheimlichen Freude und spontanen Zustimmung, die die Flucht aus Greifswald bewirkt hatte.

Nach der schwachen Demo machte sich zunehmend Resignation breit. Ab diesem Zeitpunkt nahm die Zahl der UnterstützerInnen ab. Die Initiative ging verloren. Erst als Reaktion auf das weihnachtliche Ultimatum der Kirche kamen wieder viele Menschen zusammen.
Bezeichnenderweise an einem Punkt der nicht selbst gesetzt wurde. Von nun an bestimmten Kirche und Landesregierung die Situation.

Hungerstreik

Zum Hungerstreik (HS) sind für uns einige Fragen offen. Die Entscheidung für den HS fiel in einer Situation, wo klar war, daß die Flüchtlinge nicht in eine andere Stadt gehen wollten.

Ein Umzug zu diesem Zeitpunkt war als ein selbstbestimmter Schritt geplant, der erneut Druck auf die Landesregierung ausüben und die zermürbende Situation in der Schalom-Kirche beenden sollte.
Kurz vor dem schon organisierten Umzug entschieden sich die Flüchtlinge aber doch noch dagegen. Die Gründe hierfür lagen in der sich erschöpfenden Kraft der Flüchtlinge und in ihrer vorher unzureichend vermittelten bzw. von UnterstützerInnen nicht wahrgenommenen, unterschiedlichen Einschätzung über Sinn und Zweck einer solchen Aktion. Die Flüchtlinge entschieden sich, den Stress eines dritten Umzuges nicht auf sich zu nehmen.

Unter diesen Bedingungen dann aber als Alternative einen unbefristeten HS zu beginnen, erscheint uns fragwürdig.

Ein HS erfordert Kraft und Hoffnung, wenn mensch ihn konsequent führen will. HS beinhaltet auch immer die Forderung nach Solidarität. Der von außen erzeugte Druck ist genauso notwendig.
In einer Situation wo die konkrete Unterstützung aber schwächer geworden und damit nun tatsächlich eine Aussichtslosigkeit gegeben war, erscheint uns ein HS als falsches Mittel.

Wir meinen, daß es zu diesem Zeitpunkt sinnvoll gewesen wäre, den Kampf in seiner bisherigen Form zu beenden.

Wenn der HS aber nur als Abschlußaktion gedacht war, als taktisches Mittel um den Kampf nicht stillschweigend zu beenden, dann wird damit der HS allgemein als Kampfmittel entwertet. Die Glaubwürdigkeit zukünftiger HS würde infrage gestellt sein.

Infoübermittlung - Heterogenität

Es wurde immer ein glattes Bild der Situation und der Positionen vermittelt. Zu glatt, wie uns scheint.

Es ist sicherlich notwendig in einem, im Mittelpunkt öffentlichen Interesses stehenden Kampfe, eine selektive Infoarbeit zu leisten, die dem Desinformationsinteresse der politisch Verantwortlichen Rechnung trägt. Wenn sich aber im weiteren UnterstützerInnenkreis der Eindruck verdichtet, daß Widersprüche vertuscht werden, dann ist eine Grenze überschritten.

Es wäre wichtig gewesen, die Heterogenität der Flüchtlingsgruppe sowohl zu erkennen, als sie auch immer wieder nach außen zu vermitteln und Widersprüche offen darzustellen. So aber wurden die teilweise völlig unterschiedlichen Herangehensweisen, Ausgangslagen und Zielsetzungen der Flüchtlinge nicht erkennbar.
Zumeist war, wohl im Interesse einer möglichst starken Mobilisierung, nur vom gemeinsamen Kampf der Flüchtlinge die Rede.

Das aber der Druck von Kirche und Landesregierung auf jeden einzelnen Flüchtling unterschiedlich stark wirkte, wie z.B.die Androhung der polizeilichen Räumung oder die Abschiebungsdrohung, führte dazu, daß Flüchtlinge individuell oder als Kleingruppe eine Perspektive suchten. Diese Probleme wurden kaum thematisiert.

Das Weggehen von immer mehr Flüchtlingen führte zunehmend zu einer Lähmung der UnterstützerInnenarbeit.
In dieser Situation gelang es Kirche und Landesregierung, immer mehr ihre Lügen über geleistete Überzeugungsarbeit unter

den Flüchtlingen und von der Instrumentalisierung durch Autonome zu verbreiten.

Die Reaktion war zumeist die pauschale Antwort, daß der gemeinsame Kampf der Flüchtlinge unverändert weitergehe.
Diese ungeklärten Widersprüche führten häufig zu einem NichtVerhalten prinzipiell solidarischer Menschen.

Dies mag ein Grund dafür sein, daß mit zunehmender Dauer des Kampfes die Beteiligung von UnterstützerInnen aus Hamburg und Umgebung immer geringer wurde und stattdessen in und aus entfernteren Städten praktische Unterstützungsarbeit geleistet wurde. Die entfernter wohnenden GenossInnen hatten die Widersprüche nicht mitbekommen.

Dieses Nicht-Verhalten im nachhinein als Nicht-Begreifen darzustellen (siehe Er(k)lärung), bedeutet, es sich zu einfach zu machen.

Wer ist Subjekt?

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Bewertung der Rolle der UnterstützerInnen in diesem Kampf. Einige UnterstützerInnen vertreten die Position, daß allein die Flüchtlinge Subjekte in diesem Kampf sind. Sie also den Kampf inhaltlich und taktisch bestimmen. Den UnterstützerInnen kommt nach dieser Auffassung lediglich, wie der Name schon sagt, eine helfende und unterstützende Funktion zu.

Begründet wurde dieses durch den Metropolenstatus der UnterstützerInnen, der beinhaltet, daß auch mensch hier von der Ausbeutung des Trikonts profitiert. Profiteure werden sich kaum glaubhaft für den Verlust ihrer Privilegien einsetzen.

Außerdem erscheint uns der Instrumentalisierungsvorwurf wesentlich, der immer wieder diffamierend von den Herrschenden vorgebracht wurde. Um keinen Ansatz hierfür zu bieten, wurde sich bei der Einbringung selbstbestimmter politischer Inhalte häufig zurückgehalten.

Wenn auch diese Position nicht explizit von allen vertreten wurde, eine abschließende Diskussion wurde nicht geführt, so muß doch rückblickend gesagt werden, daß die alleinige Subjekt-Rolle der Flüchtlinge allgemein anerkannt wurde und sich die politischen Aktivitäten danach richteten.

Die Nicht-Definition der eigenen Rolle wurde vielen erst dann offensichtlich, als eine Vergewaltigung in der TU-Berlin bekannt wurde, und klar war, daß auch in Norderstedt ähnliche Fehler von unterstützenden Menschen gemacht wurden.
Ein ausschließlich unterstützendes Selbstverständnis hat es vielen Frauen und Männern nicht möglich gemacht, von Beginn an die patriarchalen Strukturen unter den Flüchtlingen zu kritisieren, etwa die nur von Männern bestimmten Flüchtlingsplenen und der entsprechend zusammengesetzte Sprecherrat.

Widersprüche wurden übersehen, sexistische Strukturen somit reproduziert. Reproduziert auch in und von den eigenen unterstützenden Strukturen, denn Frauen haben sich aufgrund dieser nicht thematisierten Widersprüche zurückgezogen.
Die unterstützenden Männer waren Profiteure dieser altbekannten und Privilegien sichernden Strukturen.

Die sinnlose "Verwüstungsaktion" ist unserer Meinung nach ebenfalls Ergebnis der falschen Bewertung der eigenen Rolle und der damit verbundenen ständigen Zurückhaltung eigener Inhalte. So wird es auch in der Er(k)lärung formuliert:
"Sie (die Flüchtlinge) haben uns gebeten, die Provokationen der Kirche zu schlucken und dementsprechend haben wir uns im Interesse der Flüchtlinge verhalten und uns dauernd stark zurückgenommen. Insofern waren die Verwüstungen in der Kirche für uns ein Ausdruck unserer Wut, die rausmußte, um die Zeit in der Kirche erträglicher zu machen."

BLICK NACH VORN

IM ZORN



Auch die Nicht-Thematisierung der Heterogenität der Flüchtlinge ist in diesem Kontext logisch. Wenn die Flüchtlinge allein die Inhalte bestimmen, dann ist es natürlich nicht erwähnenswert, daß sie unterschiedliche Positionen haben, die durchaus z.B. von linken politischen Standpunkten abweichen. Eine offene Darstellung der Heterogenität hätte dann die Maxime ,daß die Flüchtlinge alleiniges Subjekt sind, in Frage gestellt.

Wir folgen in unser Sicht den Einschätzungen "einiger Unterstützer März 92", die wie folgt formulieren:

"..., daß es für eine Unterstützungsarbeit notwendig ist, sich selbst ins Verhältnis zum Kampf der Flüchtlinge zu setzen, eine eigene Position zu entwickeln und mit dem Bewußtsein der unterschiedlichen Ausgangspositionen (Privilegien,Rassismus) einen gemeinsamen Kampf zu führen, in dem die Flüchtlinge zusammen mit den Menschen die sie unterstützen, Subjekte sein können. Ein Verstecken (bedingungslose Unterstützung) hinter den Forderungen der Flüchtlinge erspart eine eigene genaue Auseinandersetzung nach einer politischen Perspektive im Kampf und macht sprachlos."

Einige weitere Unterstützer . April 92

KRITIKPAPIER ZUR "Er(k)lärung einiger Unterstützer-Innen zum 5-monatigen Widerstand der Norderstedter Flüchtlinge ..."

Wir verstehen das folgende Papier als ersten Anfang einer genaueren Aufarbeitung des 5-monatigen Flüchtlingskampfes und insbesondere seiner Unterstützungsarbeit. Dabei geht es uns, als einige Menschen aus dem linksradikalen / autonomen Spektrum, die den Kampf ebenfalls von Anfang an unterstützt haben, darum, auf der Basis von solidarischer Kritik, Widersprüche zu benennen, die bis hierhin gemachten Erfahrungen auszuwerten, um in einer gemeinsamen Diskussion mit allen solidarischen Menschen eine weitere Perspektive für Flüchtlingspolitik zu entwickeln.

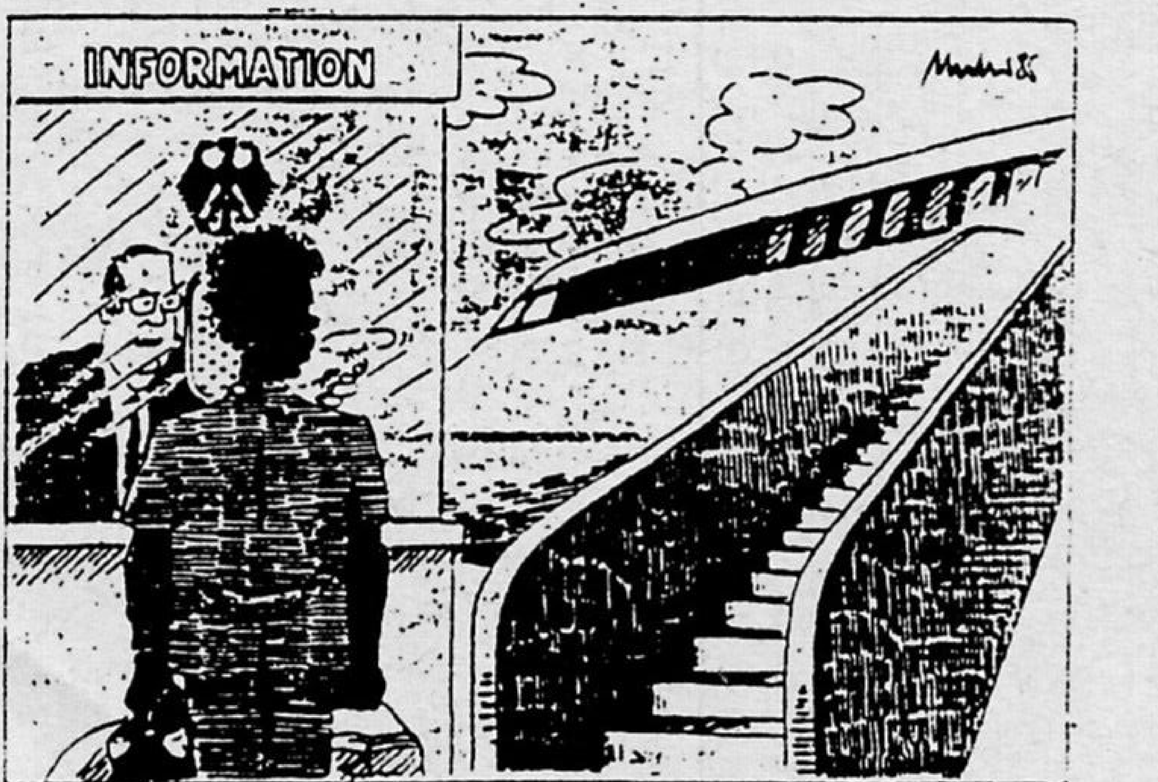


Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist die Abschlußaktion einiger autonomer Unterstützer/-innen in der Schalomkirche am Tage des Verlassens. Wir distanzieren uns hier ausdrücklich nicht von dieser Aktion, da sie gefühlmäßig von uns durchaus nachvollziehbar ist, halten sie jedoch für politisch falsch, ungerichtet und für ein unhinterfragtes Rauslassen von Wut. Die Aktion richtet sich gegen die Kirche als ganzes, anstatt gezielt Hauptverantwortliche anzugreifen. In ihr drückt sich das ganze Maß an Ohnmacht aus, sie steht in logischer Konsequenz einer von Anfang an vorhandenen politischen Schwäche und hat für uns mit Militanz wenig zu tun.

Die Parole "Euer Jesus ist und bleibt weiß" unter dem Hungertuch, das u.a. einen schwarzen Jesus zeigt, finden wir gut. Ein zusätzliches Entwenden desselben, um es mit entsprechender Erklärung an die Spender/-innen nach Haiti zurückzuschicken, hätte von mehr politischer Weitsicht gezeugt, als es die Beschädigungen der christlichen Symbole, das Verschütten von Farbe, Zukleben von Türschlössern... zum Ausdruck bringen. Um es mal klar zu sagen, die Kirche ist und war von Anfang an nur ein Nebenschauplatz der Auseinandersetzung. Die Verantwortlichen für die Situation der Flüchtlinge waren und sind die Landesregierungen von SH und MVP und insbesondere Jansen und Diederich, also die politisch verantwortlichen Kräfte. Die Kirche als deren Handlanger zu charakterisieren ist begründet und richtig, muß aber auch seinen Ausdruck in der Herangehensweise in diesem Kampf finden.

Wir teilen die Einschätzung, daß die Durchsetzung der Flüchtlingsforderungen von Anfang an unwahrscheinlich war. Das hat z.B. Jansen in seinen ersten Erklärungen deutlich gemacht, wo der Zug hinfährt: diese Auseinandersetzung rührte einen ganz empfindlichen Kern politischer Machtfrage in diesem Land an, aber auch darüber hinaus. Wenn mensch sich dieser Bedingungen bewußt ist, heißt das, genau mit solidarischen Menschen umzugehen. So wurde es z.B. versäumt, zu den solidarischen Menschen innerhalb der Kirchengemeinde ein Verhältnis aufzubauen, das über Funktionalisierung hinausgeht.

Aber unabhängig davon wäre ein grundsätzlich solidarisch bleibendes Verhältnis der Kirchenleitung ein kleines Wunder gewesen. Das hätte mensch aus dem Verhalten der Leitung der Anschar-Kirche in Neumünster lernen können, sowie aus den anderen Kirchenbesetzungen in der BRD. Diese wurden jeweils sehr schnell unter Androhung massiver Bullengewalt beendet. Aber eben auch aus der grundsätzlichen Bedeutung dieses Kampfes heraus.



Asyl? Ganz einfach: eine Treppe höher! Karikatur: Mester

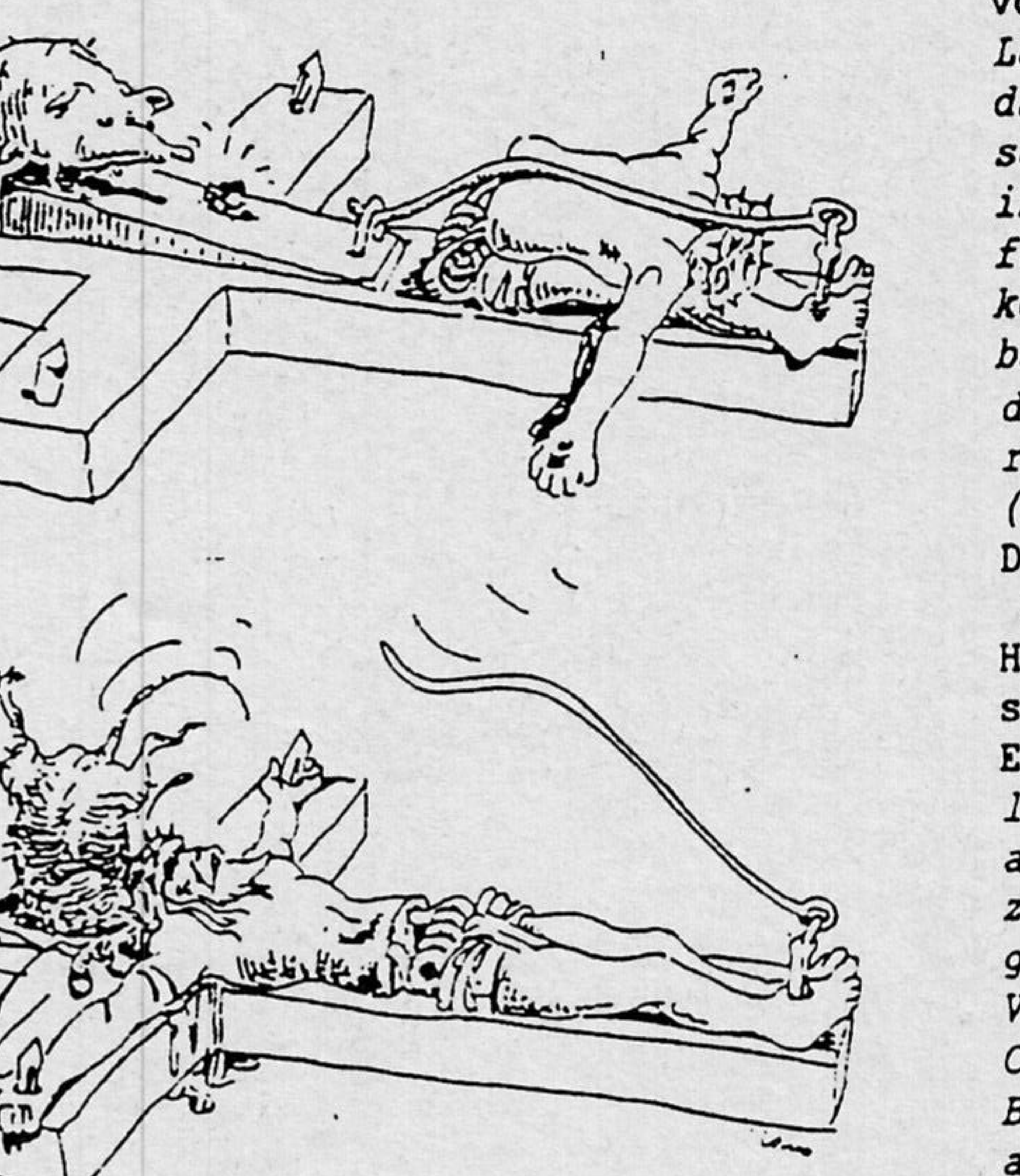
Das permanente Reagieren auf die vielen Schikanen der Schalom-Kirche führte den Blickwinkel weg vom Hauptkonflikt. Jansens und Diederichs Äußerungen blieben ohne angemessene Antwort. Die Flüchtlinge haben diesen Widerspruch schon früh erkannt, die Unterstützer/-innen waren nicht in der Lage, ihn zu lösen, so daß der Kleinkrieg mit der Kirche (insbesondere mit Frau Frenz und Pastor Frenz) unweigerlich den Kampf bestimmte.

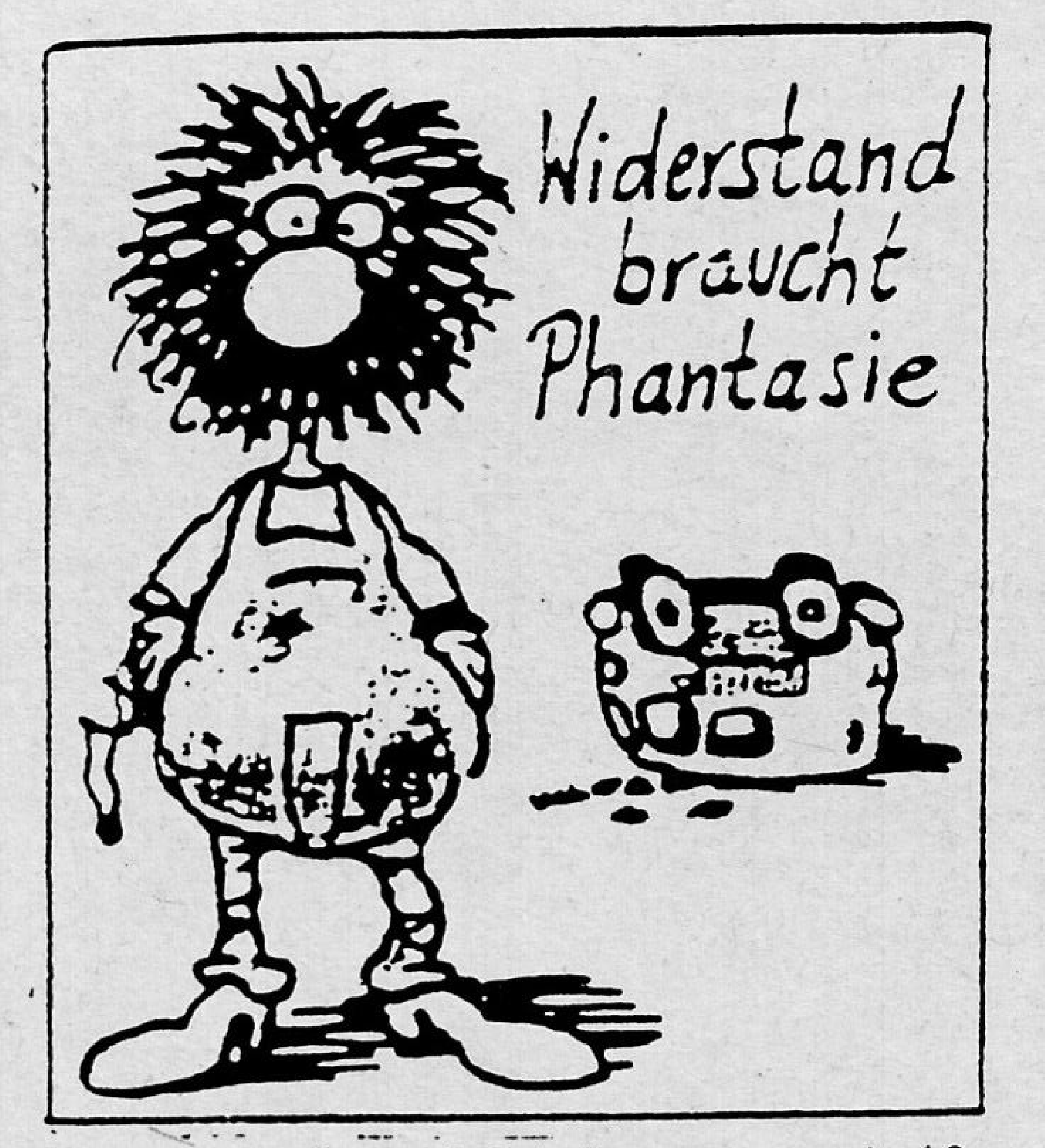
Daß dieses so war, lag nicht allein an der Kirche, sondern auch an der fehlenden Perspektive zur Durchsetzung des Kampfes, an der politischen Schwäche, der Neuartigkeit dieses Kampfes durch den direkten Kontakt mit den Betroffenen und die genauere Auseinandersetzung mit eigenen Rassismen (im Gegensatz zu früherer Soliarbeit zu Palästina, Kurdistan, Mittelamerika u.a.).

Die Kirche als greifbarer Gegenpart rückte somit in den Vordergrund und kassierte in der Konsequenz auch die "Quittung" in Form der oben erwähnten Aktion, wohingegen die Hauptverantwortlichen außen vor blieben und deren Rechnung damit voll aufgegangen war.

Wenn diese Aktion ein Entladen aufgestauter Wut war, die raus mußte , wie es in der Erklärung einiger Unterstützer/-innen heißt, dann stellt sich für uns die Frage, warum nicht schon vorher der Versuch unternommen wurde, direkt auf die Schikanen der Kirche zu reagieren. Warum erst, als die Flüchtlinge die Kirche verlassen hatten.







Die Aktion ist nicht deswegen scheiße, weil sie den Flüchtlingen nicht vermittelt wurde, sondern aus sich heraus setzt sie falsche Akzente in Richtung unnötiger Entpolitisierung, Isolierung. Die nicht erfolgte Vermittlung setzt dem ganzen dann höchstens noch einen drauf: sowas ist ein Scheiß-Verhalten, wenn durch Aktionismus einfach die politischen Inhalte der letzten Flüchtlingserklärung aus der Öffentlichkeit weggekippt werden.

Die hauptsächliche Bestimmung der Aktion, Wut rauszulassen, ist für uns zu dünn. Unser Widerstand darf sich nicht darauf beschränken, allein aus dem Bauch heraus angelegt zu sein. Dazu ein Zitat von Assata Shakur: *"Eine der härtesten Lektionen, die wir zu lernen hatten, war, daß revolutionärer Kampf eher wissenschaftlich (scientific) als emotional ist. Ich sage nicht, daß wir nichts fühlen sollten, aber Entscheidungen können nicht auf Liebe oder Wut basieren. Die müssen sich begründen auf den objektiven Bedingungen und danach richten, was rational und unemotional (notwendig) zu tun ist."* (3-1 Papier) Dem brauchen wir nichts hinzuzufügen.

An der Erklärung ist für uns weiter ein Hang zur Selbstisolierung zu kritisieren. Dazu ein Zitat aus der Erklärung: *"An der Bekämpfung der legitimen Forderungen der Flüchtlinge, als Menschen wahrgenommen und behandelt zu werden, haben sich praktisch alle gesellschaftlichen Gruppen beteiligt. Von Faschisten tyrannisiert, von Christen zu Opfern degradiert, von der Bevölkerung ignoriert, von Kapitalisten ausgeplündert, von Politikern für*

minderwertig erklärt, sollen die Flüchtlinge letztendlich von Gerichten abgeschoben werden." Abgesehen davon, daß mit dieser Beschreibung die Flüchtlinge als Opfer dargestellt werden, blenden die Verfasser/-innen der Erklärung einfach alle bestehenden Widersprüche innerhalb der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aus. Es wird das Bild einer großen feindlichen Masse produziert, das eine Perspektivlosigkeit und Ohnmacht weiter vorantreibt, anstatt Punkte aufzuzeigen, an denen wir eingreifen und bereits bestehende Widersprüche verschärfen können. Denn was nützt es uns, wenn einzig allein die Flüchtlinge und einige Unterstützer/-innen gegen den Rest der Bevölkerung stehend die Fahne hochhalten. Dieses sich selbst in die Ecke stellen, bringt uns keinen Schritt voran. Gerade weil in dieser Gesellschaft ein rassistischer Konsens besteht, ist es notwendig, bestehende Widersprüche in der Gesellschaft zu nutzen. So haben sich Gewerkschaftsgruppen, Jusos, Christen, einzelne Menschen des Schalom Kirchenvorstandes sehr wohl mit den Flüchtlingen solidarisiert und dieses auch nach außen getragen. Dort gilt es anzusätzen, mit diesen Menschen unter Wahrung unserer politischen Identität nach Gemeinsamkeiten zu suchen, anstatt sie auf die gleiche Seite wie die Herrschenden und ihre Büttel zu stellen.

Das in der Erklärung kritisierte Nichtverhalten *"großer Teile der noch existierenden Linken"* läßt sich nicht allein damit erklären, daß *"die Brisanz der Auseinandersetzung nicht begriffen wurde"*. Es lag nicht nur an der Dummheit der Linken, sondern auch an einer Reihe von Problemen/Widersprüchen, die in der Erklärung nicht benannt werden. Wir wollen hier nur einige der Gründe für den Rückzug einiger Frauen und Männer aus der Unterstützungsarbeit benennen:

-das Vorhandensein von sexistischen Strukturen

-das Wegwischen von Widersprüchen bei der Darstellung der Position der Flüchtlinge (z.B. gab es die Flüchtlinge nie, es war von Anfang an keine homogene Gruppe)

-ein taktischer Umgang bei der Informationsweitergabe

-die relative Abschottung der "engen" Unterstützer/-innen von den anderen Unterstützer/-innen

-die Aussichtslosigkeit auf Erfolg im weiteren Verlauf des Kampfes

-die Tatsache, daß es den meisten Unterstützer/-innen aufgrund von Beruf, Studium, Schule usw. nicht möglich war, rund um die Uhr in der Schalom-Kirche zu sein

Nicht von geringer Bedeutung für das Nichtverhalten ist eine unterschiedliche Bewertung der Subjekt-Frage in diesem Kampf. So vertreten einige Unterstützer/-innen die Auffassung, daß allein die Flüchtlinge die Subjekte in diesem Kampf sind und eine Soliarbeit lediglich auf der Grundlage ihrer Entscheidungen laufen kann. Dazu meinen wir, daß es für eine Unterstützungsarbeit notwendig ist, sich selbst ins Verhältnis zum Kampf der Flüchtlinge zu setzen, eine eigene Position zu entwickeln und mit dem Bewußtsein der unterschiedlichen Ausgangspositionen (Privilegien, Rassismen) einen gemeinsamen Kampf zu führen, in dem die Flüchtlinge zusammen mit den Menschen, die sie unterstützen, Subjekte sein können. Ein Verstecken (bedingungslose Unterstützung) hinter den Forderungen der Flüchtlinge erspart eine eigene genaue Auseinandersetzung nach einer politischen Perspektive im Kampf und macht sprachlos.

Das Entstehen persönlicher Beziehungen zwischen Flüchtlingen und Unterstützer/-innen wie es in der Erklärung beschrieben wird, ist ein positiver Aspekt, bleibt aber individualistisch und bietet keine gesamtgesellschaftliche Perspektive auf Veränderung, da ein so enger Kontakt für viele solidarische Menschen einfach nicht möglich ist.

Dieses bedeutete aber andersherum die Einschränkung von persönlichen Kontakten und der politischen Arbeit zuhause. Die Entscheidungen der meisten Unterstützer/-innen, dauerhaft in Norderstedt zu kämpfen, erfolgte meistens individualistisch. Eine direkte Folge daraus war oftmals eine Schwächung der politischen Gruppen in den Städten. Die Strukturen und Entscheidungen in Norderstedt hatten deswegen selten eine Basis in den Städten, da es keinen kontinuierlichen Austausch in die Gruppen und zurück gab. Ein Grund für die Unfähigkeit Delegierte zu stellen, ist sicherlich, daß die inhaltlichen Grundlagen hierfür in den Gruppen nicht vorhanden sind.

Die von uns genannten Kritikpunkte sind leider nur sehr bruchstückhaft und verstehen sich als Anregung für weitergehende genauere Diskussionen. Wir halten es für nötig, eine kritische Auseinandersetzung nicht weiter hinauszuschieben, sondern jetzt damit zu beginnen.

"die subjektive seite der dialektik von revolution und konterrevolution: 'das entscheidene ist, daß man zu lernen versteht'. durch den kampf für den kampf. aus den siegen, aber mehr noch aus den fehlern, aus den flipps, aus den niederlagen." (Holger Meins)

einige Unterstützer

ANTIFA-VOLXSPORT******ANTIFA-VOLXSPORT**********ANTIFA-VOLXSPORT**************

Den Mittwoch, den 29.4.92 werden die Reps in Lichtenrade wohl so schnell nicht wieder vergessen. An diesem Tage wollten die Reps zu ner Diskussionsveranstaltung in einem Gemeindezentrum in Lichtenrade an der Kreuzung Barnettstr./Lichtenrader Damm einladen.

1. Als ca. 3-5 Rep-Organisatoren dort um Raum u. Einlaß begehren wollten, erklärte ihnen der Hausmeister, die Veranstaltung sei abgesagt worden u. sie bekämen weder Strom noch Stuhl noch Raum. Ein paar von ihnen hoppelten draussen noch ne Weile rum, 2-3 von den Faschos (allesamt übrigens über ca. 4oJ.u.älter) trafen derweil ein, doch wer zu spät kommt, den bestraft bekanntlich das Leben...

2. Von den Reps war einer gaanz schlau u. hatte mangels offensichtlicher Antifas gleich seine alte Rostlaube schräg vorm Eingang offen stehengelassen. (alter rostiger Peugeot 5o4 Kombi, mittelblau metallic,4-türig, rechte Seite schwarz,B-AT 1025). Dieser Tölpel von Rep hatte hinten auf der Bank einen Karton voll ranziger Nazihetzblätter namens "Der Republikaner" gelagert. Wir warteten noch, bis die Dumpfbacke einen weiteren Stapel mangels Faschos + Interessierter wieder in den Karton zurücklegte u. die Scheese wieder offenließ - dann entsorgten wir das ranzige Teil und setzten die Segel!

Beim Abchecken fielen uns noch folgende Autos auf:
a) VW Scirocco, anthrazit, hinten schwarzer Spoiler,B-DC 2124, ihm entstiegen ein ca. 6o Jähriger mit Krückstock u. eine ältere Frau mit Pappmappe, beide Reps.
b) Opel Vectra, grau metallic, B-DP 3015.
c) VW Passat, grau, B-CR 9469.

In diesem widerlichen Hetzblatt sind übrigens ein Artikel eines Wolfgang Schulz, Rep-KV Kreuzberg sowie diverse Adressen, Artikel etcpp...

KEINEN WEITEREN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN —

weder in SO 36 noch anderswo !

**************Für eine konsequente Unterdrückung von Faschisten !**************



ANTIFA-DEMO



9.MAI

10.00 UHR PFARRSTRAßE

Am 9.Mai, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, will die "Freie Wählergemeinschaft Die Nationalen" vor dem Kapitulationsmuseum in Karlshorst eine Wahlveranstaltung "Die Befreiung steht noch aus" durchführen.
Als Hauptredner soll David Irving auftreten, ein britischer Historiker, der aus seiner Neigung zum Nationalsozialismus keinen Hehl macht. In etlichen Veröffentlichungen leugnet er die deutsche Schuld am 2.Weltkrieg und dem Holocaust.

Dagegen werden wir auf die Straße gehen!

Unsere Demonstration wird durch den Lichtenberger Kiez führen, vorbei am Tucholaplatz, an der ehemaligen Zentrale der "Nationalen Alternative" in der Weitlingstraße und am Ausländerwohnheim im Hans-Loch-Viertel.
Um 11.oo Uhr schließen wir uns der Demo "Stoppt die Nazis!" am U-Bahnhof Tierpark an und werden gemeinsam unseren Protest nach Karlshorst tragen. Vor dem Museum findet dann ein antifaschistisches Straßenfest statt.

AM 9.MAI ALLE AUF DIE STRAßE!
NIE WIEDER KRIEG - NIE WIEDER FASCHISMUS

"Wir haben das neue Berlin im Blick...",

(einige Anmerkungen zum Innenstadtring)

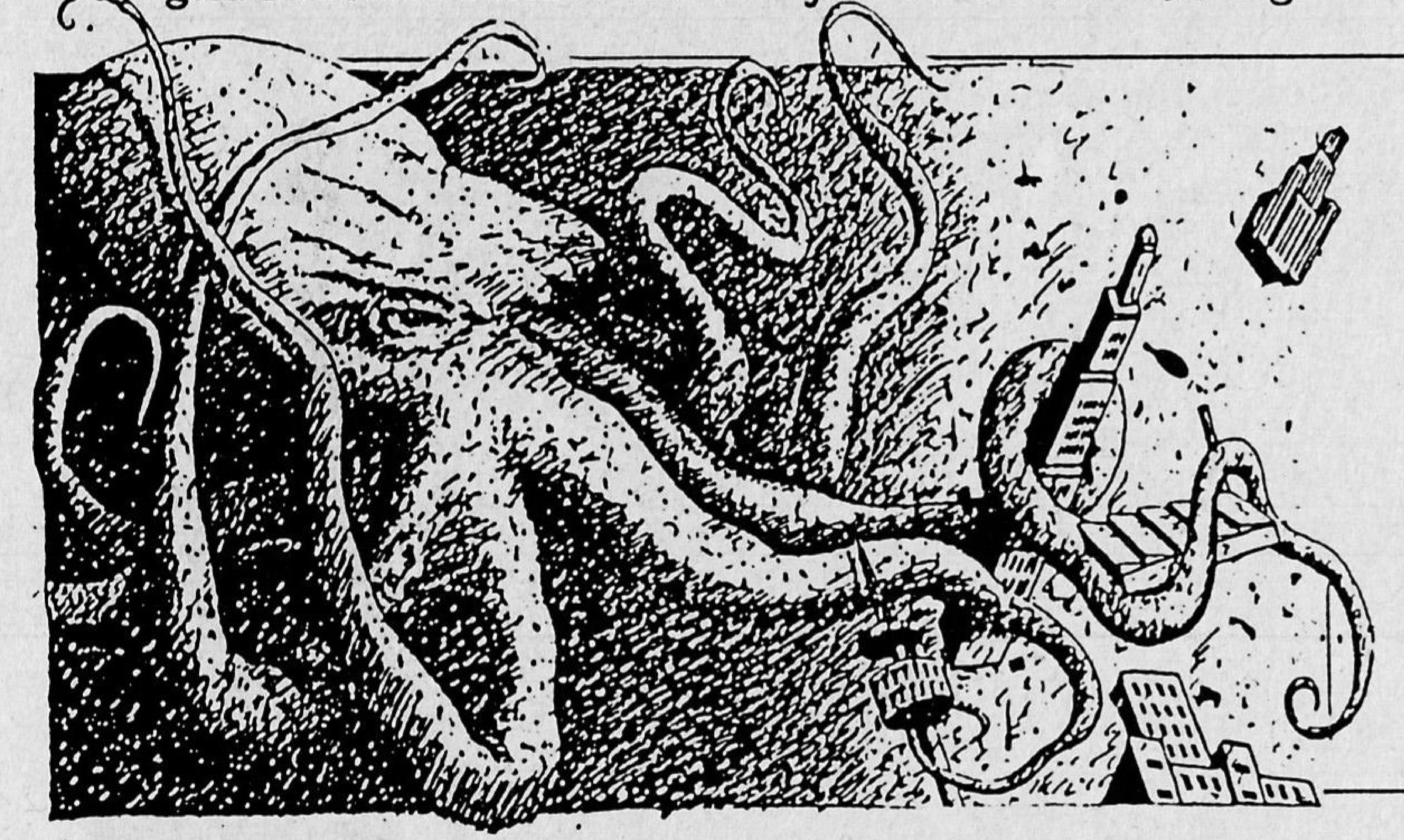
so heißt das Eingangskapitel des Jahresberichtes der Industrie- und Handelskammer; das neue Berlin, "wie es werden könnte, wenn über die Zielvorstellungen in der Stadt ein Grundkonsens besteht (...) Der Wille, das neue Berlin zu schaffen, muß von allen Berlinern getragen werden. (Sie) müssen sich mit der gesamten Stadt und mit der Region identifizieren." Anläßlich der 1.-Mai-Demo sollte eigentlich dieser Text in leicht veränderter Form als Rede einen kurzen Überblick darüber geben, was von diesem neuen Berlin und dem dazugehörigen Innenstadtring zu halten ist, warum es richtig ist, am 10. Mai sich am Aktionstag zu beteiligen.

Dienstleistungsmetropole, Hauptstadt Berlin, Potsdamer Platz, City-Band und Ring-Konzept - das sind die Begriffe, die verwirrend durch die bürgerlichen Medien und durch die Köpfe spuken.

Vertreibung aus den Kiezen, Umstrukturierung, Hauptstadt-, City- und Olympia-Wahn, Verkehrskollaps - damit versuchen sich die GegnerInnen des Neuen Berlin oder auch nur die GegnerInnen seiner zwangsläufigen Auswirkungen zu profilieren...

Doch: Worum geht es dabei überhaupt?

Das Neue Berlin ist kein Zufall, die Veränderungen in der Stadt und in ihrem Umland folgen strategischen Überlegungen. Das Neue Berlin ist kein Projekt aus einem Guß, es gibt verschiedene Fraktionen in Politik und Kapital. Dennoch ist keine Bank, kein Konzern und auch kein Architekt und Stadtplaner "auf Verdacht" in Berlin. Sie alle haben durchaus klare Vorstellungen davon, was sie hier wollen.



Das Neue Berlin, das ist der Wechsel von der "Subventionsmetropole Berlin", die am finanziellen Tropf der BRD hing, zum "Unternehmen Berlin", das mit Weltstädten wie New York, London und Tokio konkurrieren will und muß; es ist das Berlin, das die Führungsrolle in der "Festung Europa" übernehmen will.

Das Neue Berlin ist der Wechsel vom nur "ideologischen Schaufenster" gegen die Staaten des realexistierenden Sozialismus zur "ökonomischen Drehscheibe" für die Durchdringung und Eroberung dieser Länder. Das offizielle Startsignal gaben der Anschluß der DDR und der Zusammenbruch der Sowjetunion. Von hier, dem Neuen Berlin, wird dieser ökonomische Feldzug von Elbe bis Ural gesteuert, hier werden die Konzernspitzen und ihre parlamentarischen Handlanger sitzen.

Für diese Ziele müssen die Rahmenbedingungen stimmen, muß, bei allen Differenzen im Detail, das Neue Berlin geplant, gebaut und durchgesetzt werden. Nicht nur am Potsdamer Platz, nicht nur in der Friedrichstraße, sondern flächendeckend - in Kreuzberg ebenso wie in Marzahn.

Die Innenstadt des Neuen Berlin

Eine dieser gewünschten Rahmenbedingungen ist eine Innenstadt, die auf dem neuesten Stand der Technik ist - auch in ökologischer Hinsicht. Das vollverkabelte "intelligente" Bürohaus, das klimatisierte Managementbüro, die Marmor-, Glas- und Metallfassade, Kultur vom Feinsten, Shopping, Luxuswohnungen, Nobel-Hotels - all das weitgehend autofrei mit einem öffentlichen Personennahverkehr, der schon per Fahrscheinpreis die Zugangsbedingungen regeln soll: die Ebene der Entscheidungsträger möchte nicht gestört werden. Das Regierungsviertel wird dabei neben den konzern-eigenen Sicherheitsdiensten zusätzlich Hochsicherheit produzieren.

Der Ring des Neuen Berlin

Für diese Vorstellung von Innenstadt muß Platz geschaffen werden. Der geplante Innenstadtring soll den Verkehr raus aus der City halten, was, und das ist inzwischen allen - sogar den Ökologie-Bewegten - klar, keineswegs fließenden Verkehr bedeuten muß, immerhin aber den Konzernen, Unternehmen und Denkfabriken am Ring einen akzeptablen Lieferverkehr sichern soll. Der run auf weitere brachliegende Gewerbeflächen ist in vollem Gange.

Innenstadtring: Unter diesem Namen soll eine 18km lange City-Umfahrungs-Piste entstehen, eine moderne Version von Mauer, die sich durch die Skalitzer Straße und über die Oberbaumbrücke in Kreuzberg zieht und sich über Friedrichshain, Prenzlauer Berg, Mitte, Wedding und Tiergarten erstrecken soll. Der Ring markiert dabei zugleich die Trennungslinie zwischen City und der so entstehenden Periphe-

rie. Daß bereits die jetzige Blechlawine mit 60. bis 80.000 Autos am Tag schon jetzt bei 70% der Berliner Hauptverkehrsstraßen die EG-Grenzwerte für Schadstoffe überschreitet, gilt dabei ebenso als akzeptabel wie die Zahl steigender Verkehrsunfälle und der entsprechenden Leichen.

Neben dem Verkehr sollen aus der City aber auch die verschwinden, die nicht Manager, nicht Banker, nicht Parlamentarier, ja nichteinmal Yuppie sind.

Die Peripherie des Neuen Berlin

Auch außerhalb dieses Ringes wird durchaus investiert - bis zum Autobahnring, bis zum S-Bahn-Ring. Hier werden Millionen in Modernisierung und Infrastruktur gesteckt, Büros- und Dienstleistungszentren von geringerer Weltmarktbedeutung um das Westkreuz, das Ostkreuz, im Norden die Brunnenstraße und im Süden errichtet. Sie schließen sich wie eine zweite Stadt um die City, bieten Raum für die Zulieferer der Computerbranche, Anwaltskanzleien, Architekturbüros, Versicherungen, Notare, Ingenieure und Industrie- und staatlichen Verwaltungen. (...)

Die Folgen des Neuen Berlin

1. Die Fortschreibung der ökologischen Katastrophe auch und vorallem am Innenstadtring entlang, der mit seinen zwei-, vier-, ja sechsspurigen Planungen ein direkter Angriff auf die Kieze und - ohne Idealisierungen - ihre gewachsenen Strukturen ist.

2. Massive Verdrängungsprozesse der Kleingewerbe-Strukturen, die nicht aus dem high-tech-Bereich oder der Zulieferindustrie des Managements stammen der Sozialprojekte und BewohnerInnen, die der derzeitigen boom-Situation, den steigenden Mieten und der Beseitigung staatlicher Leistungen durch Privatisierung in Verwaltung, Gesundheits- und Erziehungswesen nicht gewachsen sind.

3. Das Entstehen von Armutsregionen am Rande Berlins und im Brandenburger Umland. Genährt durch die Landflucht aus den durch die Treuhandanstalt und Westkonzerne verödeten Umlandgemeinden Berlins ebenso wie durch die aus der Stadt an den Rand getriebenen einkommensschwachen Gruppen, Familien, AusländerInnen und Subkulturen, die zugleich den pool bilden, aus dem sich die niedrigstentlohnten und ungarantierten Arbeitsplätze Berlins zuammensetzen werden. Denn der ungarantierte Arbeitsplatz auf Abruf ohne soziale Sicherung ist mit high tech-Industrie und Daimler-Management untrennbar verbunden.

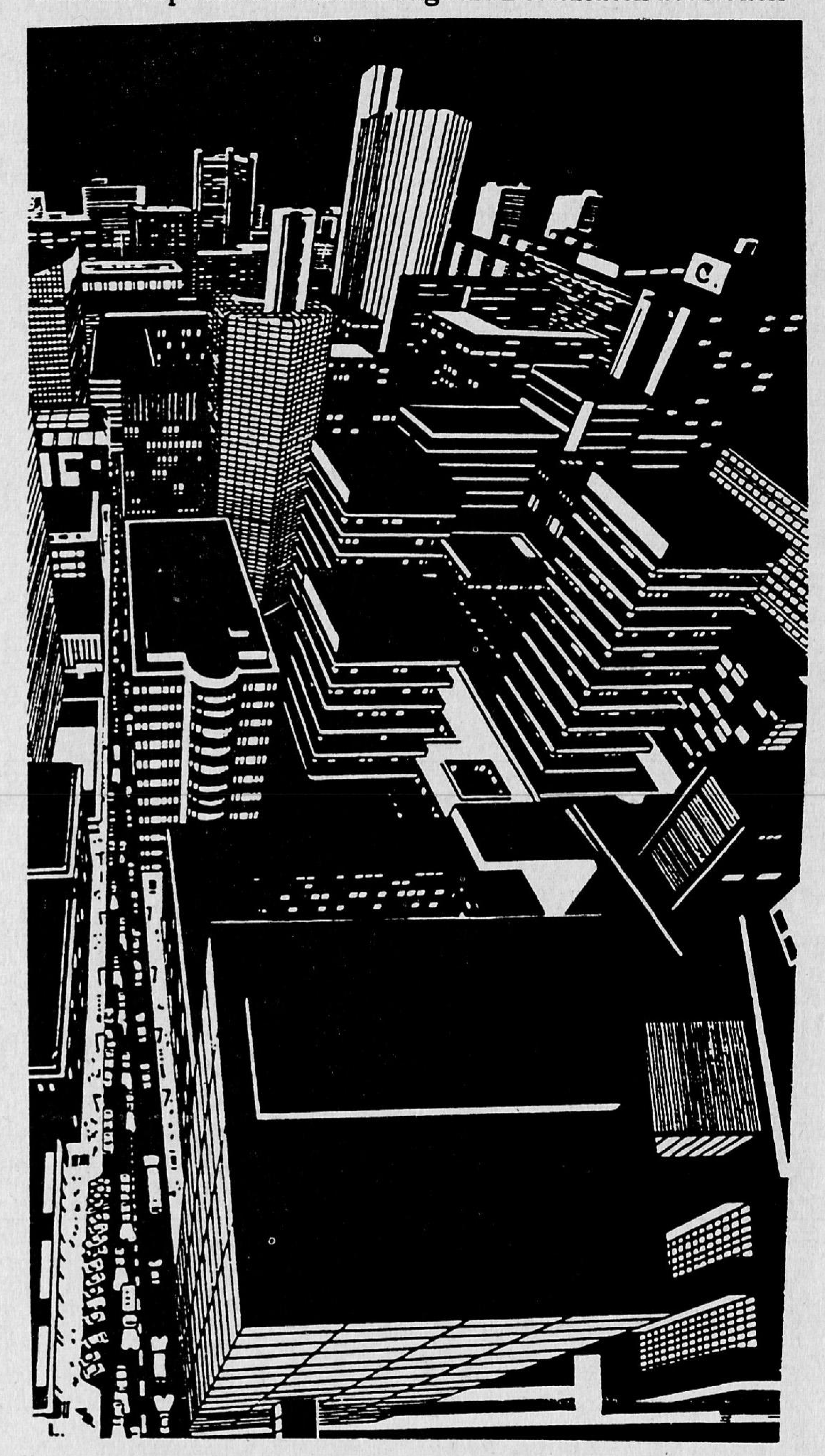
Perspektiven für ein neues Berlin

Was wir versucht haben hier anzureissen, ist die geplante und folgende Entwicklung Berlins, deren Folgen und Ursachen sich direkt im Innenstadtring abbilden. Er ist nicht Voraussetzung und nicht Ursache dieser Entwicklung, sehr wohl aber integraler Bestandteil.

Das ist Daimler-Benz bewußt, wenn sie schnellere Entscheidungsfindung in der Verkehrsfrage anmahnen, der Industrie- und Handelkammer klar, wenn sie beschleunigte Verfahren und die Gründung von Unternehmen fordert, die die Verkehrsplanung privat organiseren sollten, dem ADAC und natürlich auch Verkehrssenator Haase, der Innenstadtring und Ausbau der Oberbaumbrücke zur unverzichtbaren Chefsache erklärt hat.

Und es muß uns klar sein, wenn wir aus der hoffnungslosen Kiezdefensive herauskommen wollen. Ohne übergreifende Ansätze gibt es keine Perspektive für effektiven Protest und Widerstand.

Das Konzept des Innenstadtrings als Bestandteil des Neuen



Berlin steht und fällt mit der Schließung des Rings im Norden an der Bernauer Straße und hier in Kreuzberg an der Oberbaumbrücke. Dabei ist der Ring ein direkter Angriff auf die Kiezstrukturen auch in ganz direktem Sinne; der Prozeß der Verdrängung mag als schleichend empfunden werden, auch wenn er in Frankfurt am Main und München keine zehn Jahre gebraucht hat, das Verkehrs-Chaos wird nicht zu überhören, nicht zu übersehen und gesund sicher nicht zu überstehen sein.

Am 10. Mai werden stadtweit Initiativen einen Aktionstag gegen den Innenstadtring durchführen, zu dem wir Euch hiermit herzlich einladen. Eines der elf Feste am geplanten Innenstadtring wird an und auf der Oberbaumbrücke stattfinden. Wir verstehen es als entschlossenen und breiten Auftakt zu einer Auseinandersetzung, deren vorläufigen Höhepunkt zunächst der Verzicht auf den Innenstadtring darstellt. PKW- und LKW-Verkehr wird es über die Oberbaumbrücke nicht geben.

AG Stadt-Informationen

ALLES NEU MACHT DER MAI ...

Hauptstadt auch in Neukölln - spätestens seit der Zukunfts - planung mit Saalbau, Forum und 4-Sterne-Hotel samt Bürohoch - haus offensichtlich. Jetzt auch in den verstecktesten Winkeln des Kiezes: Der Krümel-Laden in der Weserstr. darf mithelfen am Erneuern.

Gewerbemieterhöhung um mindestens 100%, ER, der Vermieter, hätte eigentlich gern mehr, aber immerhin "linke" Vergangenheit, offen für 'soziale' Projekte und überhaupt, er kann ja nix dafür. "Unsere jetzige Miete hat schon vor 10 Jahren der Friseur bezahlt." Und überhaupt, 1.900 DM als neue Miete wäre ja am unteren Ende des Gewerbemietspiegels, fällt den Grünen ein, selbst die senatseigenen Wohnungsbaugesellschaften haben Anweisung nicht unter "Marktwert" zu vermieten. DM 20 sind Minimum, oder sind's heute schon 25, 30...?

Zwei andere Jugendläden in der Ecke sind schon rausgeflogen, sind jetzt zusammen mit im Jugendzentrum, der Platz wird eng ...

An den direkt verantwortlichen für die Misere im Krümel-Laden kommen wir wahrscheinlich nicht ran, wir werden den Vermieter nicht umstimmen können, Mieterhöhung muß sein, er sitzt im Moment am längeren Hebel.

ALSO ... feilschen, so hart es geht, heißt mindestens 12 Monatee 100 m² "Freiheit", dann, im 'Ruhe' und auf jeden Fall
Mai 93, neue Runde ...

ODER ... wir geben den Laden auf, wir kriegen die Miete nicht zusammen, wir ziehen auch noch ins Jugendzentrum
oder wir hören auf, oder ... wir wissen auch nicht.

ABER ... noch ist nicht aller maientage Abend, wir wollen den autonomen Krümel-Laden behalten, wollen unsere Lebens - weise auch an öffentlichen Orten weiter entfalten!!





TERMINE- TERMINE TERMINE

Do 7.5. 18.00 uhr TU- Audi-Max,Veranstaltung zum Tag der Befreiung vom Faschismus

20.oo uhr Clash Uferstr. 13, 1/65 Frauen/Lesbenabend mit "VIKTOR und VIKTORIA" von Blake Edwards und Undergroundfilme mit Alice Wittenstein

21.oo Daneben, Rigaerstr., Freidrichshain,Film"Im Herzen der Bestie"

Fr 8.5. "Belfast Exposed" Dias und diskussion, 19.oo uhr Chip, Reichenbergerstr. 44/45 1/36

19.00 uhr Parochialkirche, Klosterstr. U-Bahn Dimitroffstrasse, Konzert mit Linton Kwesi Johnson

2o.00 "Im Würgegriff" Veranstaltung über Osteuropa und die neue europäische Großraumordnung (Schwarze Katze- EG-Gruppe Hamburg) im Baobab,Winsstr.53.0-1055

20.00 uhr SO 36 Antifa- Veranstaltung und Fete

Sa 9.5. 10.00 uhr Antifa-Demo durch Lichtenberg, Treffpunkt vor der Pfarrstrasse

11.00 uhr Antifa- und Bündnisdemo gegen Irving und Co U-Bhf Tierpark bis Karlhost

14.00 bis 17.00 uhr Veranstaltung über die Rolle der Frauen im Islam,BAZ, Oranienstr.159, 1/36

19.00 uhr Kesselhaus, Schönhauser Allee 36-39 ,0-1058 "500 Jahre Entdeckung Amerikas-die Feier fällt aus,basta!" mit Internationalem Konzert und Filmen

So 10.5 14.00- 19.00 uhr Strassenfest Oberbaumbrücke mit Essen, Trinken, Flohmarkt, Ständen und Bootsfahrten

12.00 uhr Anti-WWG Demo in Münster - Hindenburgplatz

19.00 uhr Konzert für Frauen mit Frauengruppen aus den USA, Argentinien, Bolivien, Südafrika.. in der Parochialkirche (s.o)

Mo 11.5 21.00 uhr Video !"Our Words Jump to Life" (Northern Visions, Belfast) im Anschlag, Kreuzigerstr.18 Friedrichshain

Di 12.5 19.30 uhr "unterschiedlich aber Vereint" Veranstaltung und Diskussion mit Sofia Montenegro aus der Nicaraguanischen Frauenbewegung (nur für Frauen) KOB,Potsdamerstr. 157, 1/30

Mi 13.5 20.00 uhr "Der Scherz" Tschech. Film 1968,im Bandito Rosso, Lottum str 10a,=0-1045

Donnerstags :Filme zum Thema "500 Jahre Kolonialismus- 500 Jahre Widerstand" im Daneben

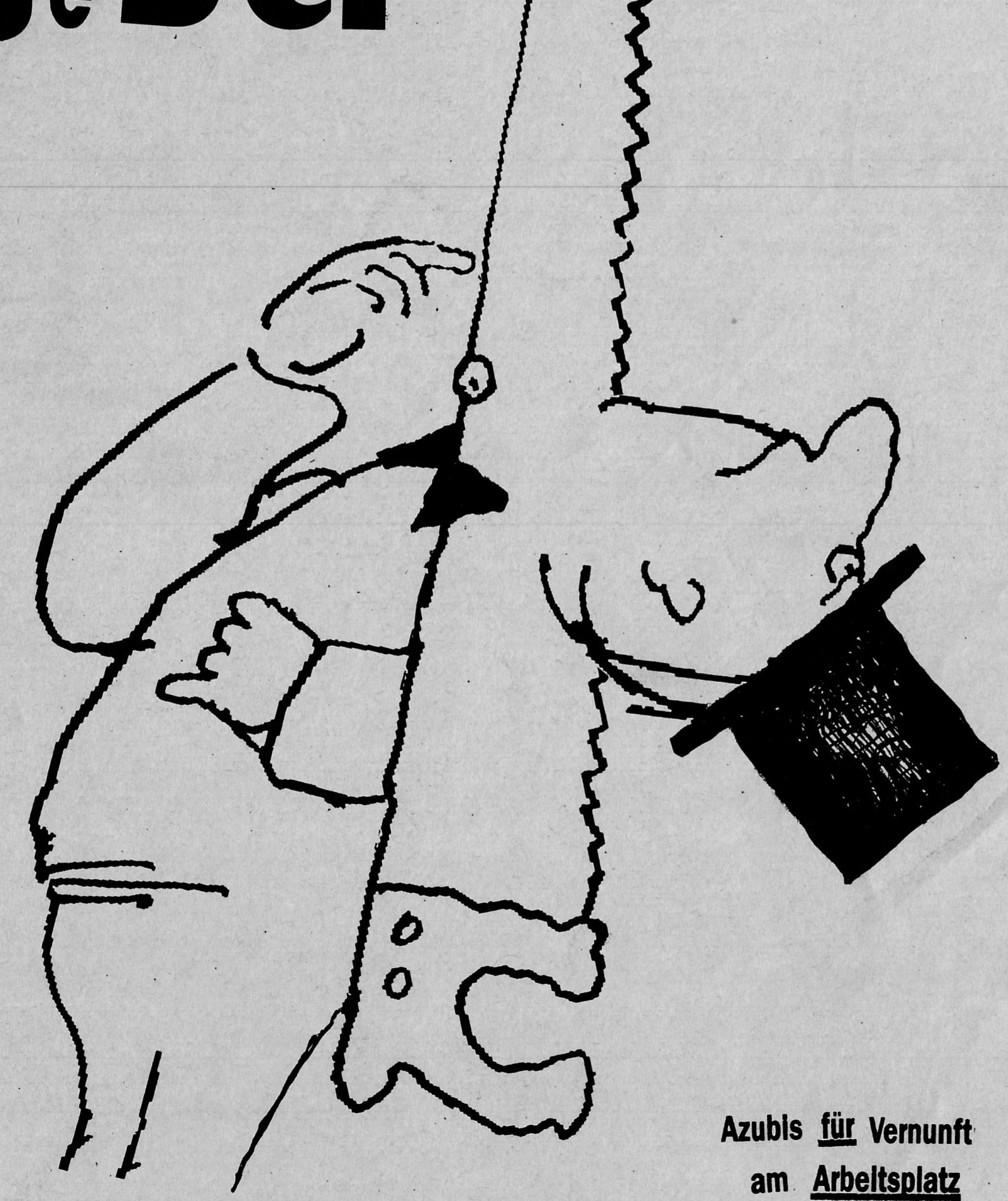
So 10.5 20.00 uhr Philippinen Filminfo KOB

Soliparty für! A.F.F.I -Berliner Fußballfans gegen Rechts" ab 19.00 uhr Kurdische Vokü,FC St. Pauli Video "Ich weiß warum ich hier stehe" ab 22.00 uhr Konzert "Eisenbahner " Pfarrstr. S- Bhf. Nöldner Platz/ Rummelsburg

8.5.1992

ANTIFASCHISTISCHE FUSSBALL FAN-INI BERLIN
A.F.F.I.

Säg' am Arbeit-geber



Azubis für Vernunft
am Arbeitsplatz